

(Beginn: 15.14 Uhr - Ende: 18.29 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 14. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den Herrn Bezirksbürgermeister aus Chorweiler sowie natürlich Sie alle.

Wir haben heute Morgen mit der Verabschiedung des Haushalts schon einen wichtigen, zukunftsweisenden Beschluss gefasst. Jetzt kommen weitere hinzu. Ich hoffe sehr auf konstruktive Beratungen und Beschlüsse in dem Sinne, wie sie heute Morgen auch getragen worden sind.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Frau Wolter und Frau Welcker.

Ich möchte diejenigen Stimmzähler, die heute Morgen benannt worden sind, nämlich Herr Kircher, Frau Roß-Belkner und Herr Thelen, bitten, auch heute Nachmittag noch zur Verfügung zu stehen.

Jetzt kommen wir zur Festlegung der Tagesordnung. Die Zu- und Absetzungen sind Ihnen bekannt; aber bitte werfen Sie noch einmal einen Blick darauf.

Die Verwaltung schlägt Ihnen die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: 4.3, 4.4, 10.25, 10.26, 10.27, 11.2, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8 und 17.9. In 17.9 geht es um einen Nachbesetzungsantrag von der Linken. Im nichtöffentlichen Teil ist die Zusetzung der Punkte 23.6, 24.10 und 24.11 vorgesehen.

Abgesetzt werden im öffentlichen Teil die Punkte 10.12 und 10.19 sowie im nichtöffentlichen Teil die Punkte 23.2 und 23.3.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP sowie der Gruppen Deine Freunde und Piraten zum Thema „Die Wahlbeteiligung stärken“ unter Punkt 3.1.2 vor. Ich gehe davon aus, dass es keine Bedenken gegen die Dringlichkeit gibt. - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist es so beschlossen. Damit kann dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt hinweisen. Einer guten Tradition folgend ist nach der letzten Sitzung vor der Sommerpause ein kleiner Umtrunk im Lichthof des Spanischen Baus vorgesehen. Ich lade Sie alle ganz herzlich dazu ein. Ich habe eben schon gesagt: Wenn man vor 19 Uhr da ist, hat man große Chancen; wenn bis 19.01 Uhr niemand da ist, wird das Kölsch wieder abgeräumt.

(Heiterkeit und Beifall)

Das sollte eine Drohung sein! Nein, wir sind da ganz flexibel. Niemand sollte sich von solch profanen Dingen abhalten lassen, hier intensiv zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch einen weiteren Hinweis geben. Gestern hat die Jury zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln getagt. Die Jury hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Trägerin des Literaturnobelpreises, Frau Herta Müller, zu benennen. Ich habe heute mit ihr ein Telefonat geführt. Sie hat sich sehr gefreut darüber; sie war geradezu begeistert über diese Entscheidung aus Köln. Die Preisverleihung wird voraussichtlich am 13. November stattfinden.

(Beifall)

Wir machen direkt weiter mit dem Kulturteil und gehen über zu den Schenkungen.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung eines Skizzenbuches 1150/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Wir bedanken uns ganz herzlich bei den Schenkern.

(Beifall)

Lassen Sie mich erst noch die weiteren Schenkungen nennen. Ihr abschließender Beifall darf dann für alle umso tosender ausfallen.

2.2 Schenkung Ralf König 1282/2015

Wir bedanken uns dafür ganz herzlich für den Fall, dass Sie alle zustimmen. - Ich sehe keine Enthaltungen und keine Gegenstimmen. Dann ist das so der Fall.

**2.3 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung von Werken des Künstlers Ken Okiishi durch die Kunststiftung NRW
1372/2015**

Das nehmen wir gerne an; es kommt ja nicht so häufig vor, dass das Land so großzügig zu uns ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sonst wollen die ja immer alles verkaufen!)

Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Auch hierfür bedanken wir uns ganz herzlich.

**2.4 Ankauf/Teilschenkung eines Kunstwerkes für das Museum für Ostasiatische Kunst - Gemälde „Zwei Köpfe mit Schilf“ von Hokusai Katsushika
1550/2015**

Ich gehe davon aus, dass Sie auch damit einverstanden sind. - Es gibt keine Gegenstimmen.

Wir bedanken uns bei allen Schenkern ganz herzlich für ihre großzügigen Gaben.

(Beifall)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir beginnen mit einem Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.1:

**3.1.1 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Resolution des Rates der Stadt Köln zu seiner Arbeits- und Funktionsfähigkeit“
AN/1000/2015**

Dazu ist ein Ergänzungsantrag vorgelegt worden,

(Zurufe: Ersetzungsantrag!)

den ich an dieser Stelle ebenfalls aufrufe:

**Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde und von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Rates“
AN/1055/2015**

Beginnen wird die Fraktion Die Linke. Frau Tokyürek, bitte.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir würden gerne Herrn Zimmermann den Vortritt lassen!)

- Okay. - Dann Herr Zimmermann für Deine Freunde. Bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! In Vorgesprächen haben wir erfahren, dass die Fraktionen von CDU und SPD unserem Antrag leider nicht zustimmen können. Der Satz zur Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Rates in unserem Antrag wird als „juristische Falle“ bezeichnet. Dabei beschreibt er schlicht die Realität. Selbstverständlich ist unser Rat vollumfänglich funktionsfähig. Die Verabschiedung des Haushalts heute Morgen hat dies wieder bestätigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Planungen im Düsseldorfer Landtag zur Wiedereinführung der Sperrklausel sind schon bedenklich genug; denn die Verfassungsgerichte haben eindeutig gegen eine kommunale Sperrklausel in NRW entschieden. Tenor der letzten Urteile ist: Über die Zusammensetzung der Räte sollte der Wählerwille entscheiden und nicht der Wunsch der Politik. Eine Wiedereinführung erscheint nur dann zulässig, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Räte in Nordrhein-Westfalen in ihrer Arbeitsfähigkeit stark eingeschränkt sind und eine Funktionsunfähigkeit droht.

Wenn nun von SPD und CDU die Feststellung der angeblichen Funktionsunfähigkeit der Räte als Hebel zur Wiedereinführung der Sperrklausel betrachtet wird, erachten wir dies zwar als chancenlos, erwarten aber dennoch ein gewisses Maß an Fairplay; denn es geht auch um Ehrlichkeit. Ich möchte an dieser Stelle an die monate-

langen Debatten rund um die Neuauszählung erinneren. Die CDU präsentierte sich als die Hüterin des Wählerwillens und bekam am Ende vor Gericht auch Recht. Zuvor hatte die SPD aus teilweise durchaus ehrenhaften Motiven unter anderem ihr Vertrauen in die ehrenamtlichen Wahlvorstände betont. Allein, der Wähler blieb mit dem Eindruck zurück, die Politik wolle sich ein Ergebnis so oder so zurechtbiegen, um nur ja an der Macht zu bleiben oder sie zu erlangen.

Wenn Sie, geschätzte Damen und Herren von SPD und CDU, die simple Erkenntnis, dass unser Kölner Rat arbeits- und funktionsfähig ist, nun nicht mittragen können, erwecken Sie zu Recht den Eindruck, dass Ihnen strategische Überlegungen wichtiger sind, und fördern somit weiter Politikverdrossenheit.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wenn Sie nur Ihre persönlichen Ansichten zur Sperrklausel in den Vordergrund stellen und strikt auf Düsseldorfer Parteilinie bleiben wollen, dann stellen Sie Ihre Interessen über die Wahrheit; denn selbstverständlich ist unser Rat voll funktionsfähig. So begeben sich die Damen und Herren von CDU und SPD zwar nicht in eine vermeintliche juristische Falle, schrammen damit aber hart am Rand einer Falschaussage vorbei.

Insbesondere an die CDU gerichtet: Wieso verspielen Sie so leichtfertig Vertrauen, das Sie sich gerade erst in den Debatten rund um die Neuauszählung erworben haben? Dies ist mir vollkommen unverständlich.

Bei unserem Kampf gegen eine Sperrklausel geht es uns nicht um ein Mandaterhalt in diesem Rat. Im Gegenteil: Wir sperren uns gar nicht gegen eine Teilprofessionalisierung der Räte und eine mögliche Verkleinerung. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich in ganz Nordrhein-Westfalen Bürgerinnen und Bürger selbst für die Belange ihrer Stadt einsetzen können, ohne gezwungen zu sein, in eine etablierte Partei einzutreten. Über die Zusammensetzung des Rates soll allein der Wähler entscheiden und nicht eine Sperrklausel, die unsere Gremien wieder zu einem Closed Shop macht.

Die Fraktion der SPD im Düsseldorfer Landtag hat jüngst eine von ihr selbst bestellte Studie veröffentlicht. Der Verein Mehr Demokratie schrieb dazu spöttisch: „SPD fragt Frösche wegen Teichtrockenlegung“. - Ich habe ja auch ein bisschen studiert, auch Methodik, und bin schon erstaunt über die wissenschaftlichen Grundlagen dieser Publikation. 204 Bürgermeister, Oberbür-

germeister und Kreisräte wurden angeschrieben. Davon haben 183 ein SPD- oder CDU-Parteibuch. Gefragt wurden sie genau nach dieser Arbeitsfähigkeit ihrer Gremien. Doch wundert das Ergebnis? Ein SPD- oder CDU-Oberbürgermeister, der die Wünsche zur Sperrklausel seiner Düsseldorfer Landtagsfraktion kennt, der oft stundenlange Sitzungen leiten muss, der bei Abstimmungen immer genau aufpassen muss - ja, was soll der denn anderes antworten? Menschlich zwar verständlich, aber rechtfertigt dies einen derartigen Eingriff in unsere Verfassung aus Bequemlichkeit? Wir meinen: Nein. Wir erwarten daher die Zustimmung unseres Rates zu seiner Funktionsfähigkeit.

Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, maßen wir uns auch nicht an, ein Urteil über die Situation in anderen Städten zu fällen. Wir wünschen uns nur, dass wir Kölner die Courage haben, den Düsseldorfern zu sagen: Ja, wir sind arbeitsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall bei Deine Freunde, der Linken sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Zimmermann. Ich gehe davon aus, dass Sie für die Antragsteller gesprochen haben.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Nein, nur für Deine Freunde, nicht für alle Antragsteller!)

- Ach so. Dann meine Frage an die Antragsteller: Gibt es den Wunsch, dem noch etwas hinzuzufügen? - Ja. Bitte, Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Auf Initiative von SPD und CDU und auch den Grünen soll eine Sperrklausel gegen die Zersplitterung der Räte eingeführt werden. Prozenzhürden bei Kommunalwahlen sind jedoch schon mehrfach von Gerichten verboten worden. 1999 war die Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen in NRW nach einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichts abgeschafft worden.

Die Sperrklausel müsse abgeschafft werden, um das Recht auf Chancengleichheit und Gleichheit der Wahl zu gewährleisten, urteilte das höchste Gericht des Landes damals. Den Organstreit hatten die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) und die damalige PDS mit zwei Klagen gegen den Düsseldorfer Landtag veranlasst. Kommu-

nalverwaltungen seien auch mit Splitterparteien funktionsfähig, urteilten die Richter damals.

SPD, CDU und Grüne wollen im Landtag dennoch einen neuen Anlauf nehmen, um Splittergruppen aus den Stadträten rauszuhalten. Die juristischen Risiken des Reformvorschlags sind sehr groß. Politisch ist dieser Schritt bedenklich. Durch die Zersplitterung der Räte sei, so der allgemeine Tenor, die Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen erheblich beeinträchtigt. - Richtig ist, dass in einigen kreisfreien Städten wohl bis zu 13 Fraktionen im Stadtrat sitzen. Dazu kommt eine hohe Anzahl von Einzelmandatsträgern. - Weiter wird argumentiert, dass es immer schwieriger sei, breitere Schichten und vor allem jüngere Menschen für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen. Eine angemessene und verfassungsgemäß ausgestaltete Sperrklausel würde maßgeblich dazu beitragen, diese Entwicklung zu stoppen.

Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung genügt eine abstrakte, theoretische Möglichkeit von Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit nicht zur Rechtfertigung des Eingriffs in die Wahl- und Chancengleichheit. Nur die konkrete, durch tatsächliche Anhaltspunkte gestützte und mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwartende Möglichkeit der Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Volksvertretung könne die Sperrklausel legitimieren.

Die Realität im Kölner Stadtrat und sicher auch in anderen Kommunalparlamenten sieht jedoch etwas anders aus. Eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen ist bisher nicht positiv festgestellt worden. Die kleinen Gruppen geben Impulse, die andere Fraktionen aus verschiedenen Gründen nicht leisten können.

(Beifall bei der Linken und der AfD)

In ihren speziellen Arbeitsfeldern eröffnen sie andere oder sogar neue Perspektiven. In den entsprechenden Ausschüssen leisten diese Gruppen gute Arbeit. Ich möchte hinzufügen: Gerade die SPD ist ganz entzückt über die Anträge der Piratenpartei. Der Vorwurf, dass Stadtparlamente durch kleine Gruppen unregierbar werden, ist kaum nachvollziehbar. In Wahrheit sind es die ritualisierten Schaukämpfe zwischen den großen Fraktionen, die für lange Sitzungen und eine schwierige Entscheidungsfindung sorgen.

(Beifall bei der Linken, der AfD und Deine Freunde)

Es sind - das ist auch meine Beobachtung - nicht die kleinen Gruppen.

Diejenigen, die für die Einführung der Sperrklausel sind, müssen Folgendes bedenken: Wenn Sie Ihre Absicht wahr machen, dann dürfen Sie sich auch über eine weiter sinkende Wahlbeteiligung nicht beklagen; denn damit würden Sie über 1,4 Millionen Wählerinnen und Wähler in NRW verprellen, die sich von den großen etablierten Parteien nicht vertreten fühlen und deshalb bei der Kommunalwahl 2014 in NRW andere Bewerbergruppen gewählt haben.

(Beifall bei der Linken)

Insgesamt haben 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler auf der Suche nach Alternativen bei der letzten NRW-Kommunalwahl 2014 den übrigen 23 angetretenen kleinen Parteien und den insgesamt 543 lokalen Wählergruppen in NRW sowie Einzelbewerbern ihre Stimmen gegeben. Das kann man nicht einfach so ignorieren. Das sollten Sie bedenken.

Dass diejenigen, die sich für andere Bewerbergruppen entschieden haben, aufgrund einer niedrigeren Sperrklausel mangels künftiger Alternativen als Wähler zu den etablierten Parteien zurückkehren würden, wird wahrscheinlich nicht eintreten. Das führt unweigerlich zu einer sinkenden Wahlbeteiligung. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, ob Sie das wirklich wollen.

Gemäß einem Gutachten zur Sperrklausel, das die SPD in Auftrag gegeben hat, spreche für ebendiese Sperrklausel: „ermüdende Debatten in den Stadträten und Kreistagen sowie die abgefragte Meinung der Bürgermeister und Landräte“. Das heißt mit anderen Worten: Wenn die parlamentarische Demokratie vor Ort zu anstrengend wird für die regierenden Bürgermeister - und Demokratie ist nun mal anstrengend -, dann schafft man sie am besten ab oder schränkt sie zumindest ein. Mit sicheren Mehrheiten und Koalitionen lässt es sich sicher leichter durchregieren.

(Beifall bei der Linken)

Demokratieverständnis sieht anders aus. Im Übrigen bleibt fraglich - das hatte ich eingangs schon erwähnt -, ob der von den Gerichten geforderte Nachweis, dass ein Stadtrat durch eine große Anzahl unterschiedlicher Gruppierungen absolut funktionsunfähig wird, überhaupt erbracht werden kann. Dieser Nachweis muss erst einmal geführt werden.

Zu guter Letzt: Es ist schon seltsam, dass vor drei Stunden die SPD zusammen mit den Grünen und den Stimmen der Piraten-Gruppe den Haushalt beschlossen hat. Anscheinend war hierbei die Funktionsfähigkeit nicht gestört.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein, nein, unsere waren auch dabei!)

- Ja, Sie waren auch dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir, die Linke, werden diesem Antrag aus den dargelegten Gründen zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt nach meinem Dafürhalten zwei Argumente, die für eine Sperrklausel sprechen: Das eine ist das sogenannte historische Argument, nämlich die Lehre aus der deutschen Geschichte, dass, wenn es in der Weimarer Republik eine Sperrklausel gegeben hätte, die Nazis nicht an die Macht gekommen wäre. - Ich halte diese Argumentation, die hin und wieder bei der Begründung der Legitimation einer Sperrklausel noch verwendet wird - hier in der Diskussion eher weniger, aber draußen ist sie öfter zu hören -, für reinen Unfug. Die Machtübernahme der Nazis in der Weimarer Republik hatte nichts mit dem Parteienspektrum und der Parteienzersplitterung zu tun, sondern einfach und allein damit, dass die herrschenden Eliten - Industrie, Militär, die ostelbischen Junker - Hitler an die Macht bringen wollten. Das war der eigentliche Grund.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das ist jetzt aber SPD-Linie, Herr Henseler!)

- Ja, das ist einfach mein Problem, Herr Detjen. Ich kann es nicht verleugnen, dass ich in Zeiten, als da noch kräftig diskutiert wurde, in dieser Partei Mitglied war.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Deswegen habe ich dieses Moment auch hier im Rat. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Ich will das auch gar nicht verleugnen. Aber ich

will das jetzt nicht weiter ausführen; ich habe nur wenig Redezeit.

Ich glaube, dass Sie nur zwei Möglichkeiten haben, die Politikverdrossenheit in diesem Land zu reduzieren. Das geht nicht über diese viel gehörten Vorschläge von irgendwelchen Parteisekretären, man sollte Warnurnen auf Bahnhöfen und in Supermärkten aufstellen, sondern das wird Ihnen nur dann gelingen, meine Damen und Herren, wenn Sie die Bürgerbeteiligung stärken. Dazu haben Sie in der letzten Ratssitzung einen ganz wichtigen Antrag beschlossen, auch wenn das leider in der Presse überhaupt keinen Niederschlag gefunden hat, was wahrscheinlich daran liegt, dass zu dem Zeitpunkt, als dieser Antrag beschlossen worden ist, kein Vertreter der Presse mehr anwesend war. Aber das, was wir da beschlossen haben, nämlich die Bürgerbeteiligung in dieser Stadt zu stärken, halte ich für ein ganz wichtiges Instrument.

Eine weitere Möglichkeit wäre nach meiner Ansicht der Bürgerhaushalt - wir haben das gestern schon im Finanzausschuss diskutiert -, aber ein Bürgerhaushalt, der anders funktioniert. Wir von den Freien Wählern hatten ja damals den Antrag eingebracht, der dazu geführt hat, dass hier in Köln der Bürgerhaushalt eingeführt worden ist.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Geschichtsklitterung! - Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, damals haben Sie solchen Anträgen noch zugestimmt, Frau von Bülow. Heute würden Sie das nicht mehr tun.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eine sehr freie Geschichtsinterpretation! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: So kennen wir ihn!)

Wie dem auch sei. Es ging darum, bei der Verabschiedung von Haushalten den Bürger mithilfe eines Bürgerhaushalts - ebenso wie das auch in anderen Städten, die für uns Vorbild waren, passiert - über Abstimmungen an strategischen Fragen des Haushalts zu beteiligen. Dann gewinnen die Bürger auch Interesse an Politik. Wenn Sie die Bürger nur abstimmen lassen über Parkbänke und ob ein Papierkorb mehr oder weniger aufgestellt wird im Stadtbezirk xy, dann interessieren sich die Leute nicht dafür. Es geht darum, die Bürger wirklich zu beteiligen.

Ein Letztes noch an meine ehemaligen Freunde von der Sozialdemokratie:

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ehemaligen Freunde!)

- Politischen Freunde. Ich habe da immer noch einige Freunde, auch wenn sie nicht mehr meine politischen Freunde sind. Das hat natürlich mit einer neuen politischen Orientierung zu tun.

(Zuruf von der CDU - Heiterkeit bei der CDU)

- Bei mir natürlich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach so!)

- Ja, sicher.

(Martin Börschel [SPD]: Er war schon immer so!)

- Darf ich das jetzt noch zu Ende führen? Ich habe nur noch eine Minute und elf Sekunden.

Herr Börschel, ich hoffe, ich kann Sie damit ein wenig nachdenklich stimmen - in letzter Zeit ist das nicht immer gelungen, aber vielleicht gelingt es ja jetzt -, wenn ich sage: Es gab mal einen Reichstag des Norddeutschen Bundes.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben Sie aber auch nicht mehr erlebt!)

Das war ein Zusammenschluss der norddeutschen Länder vor der Reichsgründung.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Bei der Hanse!)

- Nein, das war in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts. - In diesem Reichstag hatten die Sozialdemokraten das erste Mal in ihrer Geschichte eine parlamentarische Vertretung mit zwei Mandatsträgern, nämlich einem gewissen August Bebel und dem älteren Liebknecht.

(Peter Kron [SPD]: Ich dachte, Henseler!)

Wenn es damals eine Sperrklausel gegeben hätte, meine Damen und Herren oder liebe Genossinnen und Genossen, dann gäbe es euch hier heute nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren in der Reihenfolge der Antragsteller fort. Herr Hegenbarth, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Thomas, das musst du jetzt aber toppen!)

Thomas Hegenbarth (Piraten): Das kann ich echt nicht mehr toppen; das war schon ziemlich gut. So historisch fest bin ich auch nicht. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es kurz zu ergänzen: Es ist schade, dass die Sozialdemokraten und die Union nicht - so schaut es ja aus - über ihren eigenen Schatten springen können.

(Zurufe)

Wir müssen das noch deutlicher im Zusammenhang sehen. NRW steht ganz am Ende der Möglichkeiten, die die Wählerinnen und Wähler haben. Sie haben eine Stimme für den Direktkandidaten und eine Stimme für den Bezirk. Ich will hier gar nicht von Kumulieren und Panaschieren reden; das geht schon richtig weit; das ist unheimlich viel. Alle diese Dinge sind woanders möglich, während wir hier über Einschränkungen reden. Insoweit ist es ein bisschen schade, dass hier Parteiräson vor Erfahrung steht, die auch hier im Rat existiert.

Wir haben diesen Antrag gemeinsam in dieser Gruppe sehr bewusst erst jetzt, eher am Ende des Jahres, eingebracht, auch um zu zeigen, wie die Kleinen hier agieren.

(Birgit Gordes [CDU]: Haben wir schon Ende des Jahres? Habe ich mich vertan?)

- Nein, Sie haben sich nicht vertan. - Wir haben das ganze Jahr über eine gute Arbeit gemacht. Wir haben hier jede Menge Anträge eingereicht und konstruktive Vorschläge gemacht. Wir tragen nicht gerade dazu bei, dass die Arbeitsfähigkeit hier beeinträchtigt wird. An der Stelle sind wir, glaube ich, ein gutes Beispiel.

Vielleicht ganz kurz noch eines: Auf Landesebene wird durch uns Piraten mit Sicherheit das, was in der Verfassungskommission derzeit geschieht, angefochten werden. Davon könnt ihr jetzt schon ausgehen. Insoweit an der Stelle: Das ist nicht der letzte Satz, der hierzu gesprochen wird. Vor diesem Hintergrund - so müssen wir das auch bewerten - ist die Angst der großen Parteien hier, ihren Mutterparteien auf Landesebene dazwischen zu grätschen, vielleicht nachvollziehbar, aber aus unserer Sicht unverständlich. - Danke.

(Beifall bei den Piraten, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Deine Freunde)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt haben die Antragsteller gesprochen. Wir kommen nun zur normalen Reihenfolge. Herr Krupp, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Ersetzungsantrag, den Sie uns hier vorgelegt haben, ist ein Antrag vorgelegt, bei dem es sich zumindest in einem Teil lohnt, heute darüber zu reden.

Zum ersten Teil dieses Ersetzungsantrags, der quasi den gesamten ursprünglichen Antrag wiedergibt, kann ich nur Folgendes sagen: Böse Zungen könnten behaupten, dass es sich hier um einen reinen Schaufensterantrag handelt; denn in Düsseldorf liegt weder ein Gesetzentwurf zur Einführung einer Sperrklausel noch eine Gesetzesbegründung vor. Wenn wir aber gar nicht wissen, ob es einen solchen Gesetzentwurf gibt und was eventuell in der Gesetzesbegründung steht, lohnt es sich auch nicht, hier und heute über Prämissen zu diskutieren und darüber, ob diese in Köln erfüllt sind oder nicht.

Ich habe daher heute überhaupt keine Veranlassung - das gilt für meine gesamte Fraktion -, über dieses Stöckchen, das Sie uns hier hinhalten, zu springen, möchte aber gerne auf den zweiten Teil Ihres Antrags eingehen; denn für diesen gibt es sehr wohl einen guten Anlass. Wir müssen uns mit den Bedingungen beschäftigen, unter denen ehrenamtliche Politik in Städten und insbesondere auch in Großstädten stattfindet, und darüber sprechen, dass sie auch zukünftig noch stattfinden kann.

Diese Frage stellt sich besonders dringend und intensiv für das Land Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es mehr Großstädte als in jedem anderen Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland. Hier gibt es vor allen Dingen mehr Menschen, die in Großstädten leben, als in jedem anderen Bundesland: In NRW sind es knapp die Hälfte, nämlich 45 Prozent. Kurz gesagt: NRW ist das Land der großen Kommunen, und Köln ist mit Abstand die größte unter ihnen. Köln ist aber nicht nur mit Abstand die größte Kommune in NRW; Köln ist auch die größte Kommune in Deutschland, die mit einem rein ehrenamtlichen Rat geführt wird.

Die Arbeit dieser Ehrenamtler in den Räten und anderen kommunalen Vertretungen, wie zum Beispiel Bezirksvertretungen, zu stärken, ist in der Tat ein gutes und wichtiges Anliegen. Hier ist das Land gefragt. Hier sind aber auch unsere Ideen und unsere Forderungen an das Land gefragt. Der Landtag hat hierzu die Arbeitsgruppe „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ unter Führung der Landtagsabgeordneten Lisa Steinmann eingesetzt. Sie leistet wichtige Arbeit. Ein Abschlussbericht wird in Kürze vorgelegt.

Lassen Sie uns deswegen über die Fragen diskutieren, reden und streiten, die sich heute wirklich stellen, nämlich: Wie können wir erreichen, dass die ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen gestärkt wird? Wie bekommen wir das gerade in NRW hin, wo mehr Menschen in Großstädten leben, als es irgendwo sonst in der Bundesrepublik der Fall ist?

Eine abschließende Bemerkung zum Thema Sperrklausel sei erlaubt, auch an Herrn Hegenbarth gerichtet - Sie haben es heute Morgen eigentlich sehr gut auf den Punkt gebracht -: Wer gute Arbeit leistet, wer breit aufgestellt ist, wer zu allen Themen etwas zu sagen hat und für alle Bürger ein Angebot macht, der braucht eine Sperrklausel nicht zu fürchten. Mehr gibt es dazu heute nicht zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich meinem Vordränger nur anschließen. Auch ich glaube, dass es wichtig ist, das Ehrenamt in dieser Stadt und in diesem Stadtrat weiter zu stärken. Wir alle erleben Parlamentstage hier im Rat, wo wir genau wie heute fast den ganzen Tag nur im Rathaus sitzen. Wenn wir wollen, dass auch Menschen, die berufstätig sind und ihr Geld nicht nur aus der Politik beziehen, hier aktiv sein können, müssen wir Änderungen herbeiführen. Deshalb begrüßen wir diese Initiative sehr und können diesen Teil mittragen. Das werden wir in Zukunft nicht nur hier, sondern auch im Landtag in Düsseldorf entsprechend unterstützen.

Darüber hinaus sehen auch wir das Problem, dass wir hinsichtlich der Frage, ob es eine Sperrklausel geben soll oder nicht, aktuell noch

nichts vorliegen haben. Die CDU hat sich auf Landesebene immer für eine starke Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Hierfür muss aber nicht unbedingt eine Sperrklausel, eine Nullgrenze, verankert werden; es gibt auch Zwischenmodelle. Wenn ich mir anschau, wie viele Parteien hier im Rat mit einer 2,5-prozentigen Hürde vertreten wären, stelle ich fest: Es wären dann immerhin noch sieben; aktuell haben wir zehn. Eine Reduzierung auf große Parteien sähe anders aus. Deshalb: Lassen Sie uns diese Debatte zu einem anderen Zeitpunkt und dort führen, wo sie hingehört: im Landtag. Momentan sind wir mitten in der Legislaturperiode. Es wäre schön, wenn wir während dieser Zeit unsere Positionen noch weiter stärken würden.

Wir vonseiten der CDU können den Ersetzungsantrag ohne den ersten Satz so mittragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerrit Krupp, ich glaube, es lohnt sich, den gesamten Antrag zu behandeln; denn es geht dabei um Demokratie und Beteiligung. Um es ganz klar zu sagen: Wir glauben, dass Rat und Ausschüsse in Köln komplett arbeits- und funktionsfähig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben heute Vormittag erlebt, wie innerhalb von drei Stunden der Haushalt von zehn teilnehmenden Gruppen und Fraktionen effizient diskutiert und besprochen worden ist; das ging. Wenn manche Ausschusssitzungen mal bis in den Abend hinein dauern, liegt das weiß Gott nicht an den kleineren Gruppen, sondern an den Redebeiträgen von den größeren Gruppierungen; das muss man klar sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Deine Freunde)

Die demokratischen kleineren Gruppen gehen mit ihren Vorschlägen und Initiativen sehr nachdenklich und bereichernd um. Es ist gut, sich damit auseinanderzusetzen.

Das Thema „Arbeitsfähigkeit der Räte“ ist eng verbunden mit dem Thema „Sperrklausel“. Dazu wurde schon einiges gesagt. Hier jetzt zu sagen,

das Thema „Sperrklausel“ sei noch gar nicht auf dem Tisch, weil dazu noch nichts vorliegt, ist eine verkürzte Sicht. Es laufen schon Debatten zu diesem Thema; das ist keine grüne Wiese. Insofern: Die Sperrklausel ist hoch strittig, auch vor den Richtersthühlen.

Uns kommunale Ehrenamtler trifft nicht die Frage: Was hilft uns bei der Wahrnehmung unserer Mandatstätigkeit? Die richtige Fragestellung wäre vielmehr: Welche Anforderungen und Rahmenbedingungen prasseln in den letzten Jahren auf uns ein? Ein gemeinsames Ratsmitglied ist circa 30 Stunden, gerechnet auf eine Sieben-Tage-Woche, tätig: Vorbereitung von Ausschusssitzungen, Gespräche sowohl mit anderen Fraktionen als auch mit der eigenen Fraktion, was auch sehr aufwendig sein kann,

(Heiterkeit)

aber auch Gespräche mit der Verwaltung und mit Leuten aus der Stadtgesellschaft, also ein buntes Potpourri an Tätigkeiten, was ein gemeinsames Ratsmitglied - so es nicht Rentner oder Selbstständiger ist - neben Beruf und Familie ehrenamtlich zu bewältigen hat.

Unser gemeinsamer Antrag von Grünen, Linken, Deine Freunde, Piraten und Freien Wählern weist in die richtige Richtung. Wir konstatieren für Köln, dass wir voll arbeits- und funktionsfähig sind, fordern aber den Landesgesetzgeber ganz klar auf, die Diskussion zu führen, wie die Rahmenbedingungen für die Ehrenamtler auf Kommunalbasis verbessert werden können. Dazu gehört neben der Teilprofessionalisierung auch die Prüfung einer Verkleinerung der Räte.

All dies findet sich im Ersetzungsantrag wunderbar wieder und ist, denke ich, auch zustimmungsfähig. Ich bitte daher auch die beiden etwas größeren Fraktionen, dem zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Deine Freunde)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von Rot und CDU,

(Niklas Kienitz [CDU]: Was?)

ich bin ein bisschen überrascht, dass Sie weder dem ursprünglichen Antrag noch dem hier jetzt vorliegenden Ersetzungsantrag zustimmen können. Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass die Debatte über eine Sperrklausel auf Landesebene geführt werden muss. Richtig! Aber wenn Sie sich den Antrag der Antragsteller genau anschauen, werden Sie feststellen: Es geht dabei um die Arbeits- und Funktionsfähigkeit unseres Rat hier in Köln.

Wir als Rat der Stadt Köln haben seit der letzten Kommunalwahl bereits deutlich zeigen können, dass man auch mit zehn verschiedenen politischen Kräften zu gemeinsamen Lösungen kommen kann, selbst wenn die Wege dorthin unterschiedlich sind. Es ist mir ein Rätsel, warum Sie von CDU und SPD in Ihren Reden gerade eben ankündigen, wir müssten uns selbstverständlich darüber unterhalten, wie wir die kommunalen Mandatsträgerinnen und -träger stärken und weiter hier verankern können. - Nichts anderes steht im Ersetzungsantrag von Grünen, Linken, Piraten, Deine Freunde und Herrn Henseler, und zwar im zweiten und dritten Absatz.

(Martin Börschel [SPD]: Regen Sie sich nicht auf! Dem Teil stimmen wir ja auch zu!)

Deswegen: Ich glaube, Sie versuchen hier, zwei Debatten zu vermischen. Ihnen geht es gar nicht um eine Debatte über eine professionelle Ausgestaltung, sondern eher um die Debatte, die Sie auf Landesebene führen.

(Martin Börschel [SPD]: Nicht aufregen!
Falsche Rede!)

Trotz des Chaos bei der Auszählung der Kommunalwahl hier in Köln konnten wir feststellen, dass wir generell arbeitsfähig sind. Wir als Liberale hätten uns allerdings mehr Gestaltungswillen und vor allem auch mehr Sparwillen von der rot-grünen Mehrheit gewünscht. Aber eine Arbeitsunfähigkeit des Rates ist nicht erkennbar.

(Beifall bei der FDP)

Böse Zungen allerdings könnten manchmal von Arbeitsverweigerung sprechen; denn entsprechende Anträge werden nicht von Rot-Grün gestellt, sondern von den anderen Parteien. Ich habe es einmal nachgezählt: Seit der Kommunalwahl hat Rot-Grün leider nur einen gemeinsamen Antrag gestellt, zehn Anträge wurden Gott sei Dank parteiübergreifend gestellt. Ein Fleißkärtchen können wir Rot-Grün also nicht ausstellen.

(Beifall bei der FDP)

Die Erfahrungen und die Praxis zeigen, dass wir im Grundsatz handlungsfähig sind. Deswegen sollten wir dies auch als Resolution verabschieden; denn das wäre ein Zeichen nach Düsseldorf, dass Köln trotz Gruppierungen verschiedenster Couleur weiterhin handlungs- und arbeitsfähig ist. Es geht hier nicht um die Sperrklausel; diese wird auf Landesebene diskutiert. Hier geht es um unsere Arbeitsfähigkeit. Ich fände es traurig, wenn die großen Parteien CDU und SPD hier widersprechen. In dem Fall würde ich mich fragen: Warum sitzen sie hier noch? Ich wünsche, dass Sie dem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und
Deine Freunde)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch zwei Wortmeldungen, zum einen von Herrn Beckamp, zum anderen von Herrn Wiener.

Roger Beckamp (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein bisschen verkehrte Welt: Frau Laufenberg hat es ganz wunderbar begründet, Herr Hegenbarth, die Linken und Deine Freunde haben etwas dazu gesagt. Sogar die Grünen haben in Ansätzen versucht, etwas dazu zu sagen. Das alles war auch so weit richtig. Und dennoch ist es verkehrte Welt; denn CDU und SPD haben nichts gesagt. Sie haben das Thema „Sperrklausel“ schlichtweg ausgeblendet, und das ist fragwürdig; denn sie müssten hier oben stehen und begründen, was sie tun. Fragen wir uns doch ganz einfach: Was ist denn der Maßstab für eine Sperrklausel? Keine Idee? Artikel 28 Grundgesetz. So einfach ist das. Das ist der Ausgangspunkt. Und dann müssen Sie sich fragen lassen: Was haben Sie dazu gesagt?

Es gibt einen wunderbaren Beitrag, den die SPD einmal bei irgendeinem SPD-affinen Professor beauftragt hatte. Er hat dazu ein Gutachten geschrieben, und dieses Gutachten gibt viele Dinge her, die Ihnen von der CDU und der SPD nicht passen werden. Dabei geht es darum, dass Artikel 28 vorschreibt: Für alle Bundesländer muss verbindlich sein, dass Kreise und Gemeinden eine Volksvertretung haben müssen, die aus gleichen Wahlen hervorgegangen ist. - So einfach ist das.

Eine Sperrklausel, die diese Wahlgleichheit einschränkt, muss gerechtfertigt sein. - Welche

Rechtfertigung haben Sie denn dafür? Ich habe bisher noch keine von Ihnen gehört, gar keine, auch nicht von Ihnen, Herr Petelkau. Abstrakt gesagt wäre dies die konkrete, durch tatsächliche Anhaltspunkte gestützte oder mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwartende Möglichkeit der Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit. Ich habe noch nicht gehört, welcher dieser Punkte in den letzten knapp zwölf Monaten zutraf. Sie müssten schon Protokoll geführt haben, um sagen zu können: Dann und dann ging es verdammt haarscharf an der Funktionsunfähigkeit vorbei. - So war es nicht, so wird es wohl auch nicht sein. Deswegen sind Sie begründungspflichtig. Das haben Sie bisher hier oben nicht geschafft, wohl aus gutem Grunde, nämlich weil es gar keine Gründe dafür gibt.

Also ist die Frage: Was soll das Ganze? Es ist nichts anderes als die Erhöhung von Fraktionszuwendungen; da haben aber alle mitgemacht, alle außer die AfD. Wir wurden außen vor gelassen; wie gemein. Es ist genau das Gleiche wie bei den Fraktionsvorsitzenden-Treffen mit allen; aber die gibt es ja eigentlich gar nicht mehr. Das ist ein weiterer Versuch, Wettbewerber aus dem Markt zu drängen. Es ist - kurz gesagt - politische Korruption, und da machen CDU, SPD und Grüne gerade keine gute Figur. Artikel 28 - vielleicht noch einmal lesenswert für Sie alle.

Zum Zusatz- bzw. Änderungsantrag. Die Teilprofessionalisierung lässt sich wohl auch mit „mehr Geld“ übersetzen, noch mehr Geld. Es ist durchaus überschaubar, was die Ratsmitglieder erhalten - das gebe ich zu -; es soll mehr Geld sein. Das wirft die Frage auf, was Leute wie Sie, Herr Hegenbarth, damit bezwecken. Wir haben uns einmal erkundigt, bei ihren alten Freunden oder Kameraden von der Schill-Partei, sie suchen genau solche Versorgungspöstchen. Es ist sehr schade, wenn hier versucht wird, teilweise auch mit einem Dreh, Änderungsanträge zu stellen, wenn sie einen solchen Hintergrund haben. Das ist sehr bedauerlich. Es ist daher überlegenswert, ob eine Zustimmung hier richtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Wiener. Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine sehr geehrten Da-

men und Herren! Die Argumente gegen die Wiedereinführung einer kommunalen Sperrklausel wurden hier bereits sehr detailliert von meinen Vorrednern Herrn Henseler, Herrn Zimmermann, Frau Laufenberg und Herrn Beckamp dargelegt. Das alles ist im Prinzip selbsterklärend. Man muss nicht mehr viel hinzufügen, warum eine kommunale Sperrklausel nicht wieder eingeführt werden sollte.

Ich möchte für pro Köln deswegen darauf eingehen, warum ich der festen Überzeugung bin, dass dieser gute Antrag hier leider trotzdem abgeschmettert werden wird von CDU und SPD. Das hat den ganz einfachen Grund, dass dort auf Sachargumente in dieser Frage nicht gehört wird, weil es dabei um den Machterhalt geht. Es geht darum, dass man am liebsten das eigene Monopol wiederherstellen will. Man will wieder zurück zu den - in Anführungszeichen - guten alten Zeiten, wo man mit drei, maximal vier Parteien hier unter sich war, wo Konkurrenz im Prinzip keine Chance hatte, weil jede Konkurrenz im Normalfall klein anfängt und die Sperrklausel eine super Zugangshürde ist, um neue Konkurrenz vom Markt fernzuhalten. Deswegen werden auch die großen Parteien im Landtag diese Sperrklausel meiner Überzeugung nach wieder einführen. Die Entscheidung ist längst gefallen.

All die guten Argumente, die hier dagegen vorgebracht wurden, werden leider ungehört verhallen, auch das Argument, dass durch eine Wiedereinführung der Sperrklausel die Wahlenthaltung wahrscheinlich weiter steigen wird und viele Leute bei Wahlen zu Hause bleiben werden. Es ist der SPD und der CDU völlig egal, ob die Leute bei Wahlen zu Hause bleiben oder nicht, solange ihre Wähler an die Wahlurne gehen. Deswegen gibt es genauso viele Mandate wie vorher. Ob jetzt 50 oder 60 oder 40 Prozent zur Wahl gehen: So lange die großen Parteien ihre Wähler an die Urne bewegen können, wird es genauso viele Mandate geben. Deswegen ist das Argument der Wahlenthaltung demokratiepolitisch zwar ein wichtiges Argument, aber machstrategisch interessiert es die Herren und Damen von CDU und SPD leider herzlich wenig.

Das alles wird so kommen und wird letztendlich vor Gericht geklärt werden müssen. Auch ich bin der festen Überzeugung, dass das natürlich vor Gericht angefochten werden wird. Ich kann mir bei bestem Willen nicht vorstellen, dass ausgerechnet in einem Flächenbundesland wie Nordrhein-Westfalen eine kommunale Sperrklausel wieder zulässig sein soll. Im gesamten Bundesgebiet gibt es solche Sperrklauseln nicht mehr. Einzige Ausnahme ist der Stadtstaat Berlin, wo

eine besondere Konstruktion gilt. Aber überall sonst gibt es aus gutem Grund keine kommunalen Sperrklauseln mehr.

Eines muss hier auch noch gesagt werden: Es ist im Prinzip geradezu tragisch, dass die Initiatoren dieses Antrags, die ich bei Deine Freunde und anderen kleinen Gruppierungen hier im Rat sehe, dann sozusagen Kollateralschäden sein werden. Ich bin sicherlich nicht allein mit meiner Vermutung, dass diese Sperrklausel sich auch und vor allem gegen vermeintliche und echte Rechtsparteien richtet. Man will auf gar keinen Fall, dass solche Parteien - pro Köln wird auch dazugezählt - über Kommunalvertretungen die Möglichkeit erhalten, sich besser in der Öffentlichkeit darstellen und auf Büros und Mitarbeiter zurückgreifen zu können. All diese Ressourcen, die die großen Parteien selbst ohne Scham nutzen und über die sie im Überfluss verfügen und auch einsetzen, will man der vermeintlichen oder echten Konkurrenz selbst in kleinsten Dosen nicht gewähren. Hier sollen vor allem Parteien rechts der Mitte, rechts des politischen Mainstreams behindert werden.

Das können Sie auch der Presseberichterstattung in Zusammenhang mit der Debatte über die Sperrklausel entnehmen. Das wird dort immer wieder angeführt, witzigerweise auch in völlig abstruser Form. So wird als Beispiel Duisburg genannt, wo pro NRW sehr stark vertreten ist, was diese Sperrklausel angeblich verhindert hätte. - Völliger Quatsch! Dort gab es ein Wahlergebnis von über 4 Prozent. Sie bräuchten schon eine Sperrklausel von 5 Prozent, um das zu verhindern. Selbst eine 3-Prozent-Sperrklausel wird bei der nächsten Wahl zumindest in Köln unsere Anwesenheit hier im Rat sicherlich nicht verhindern. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war das Ende unserer Runde. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, den Piraten, Deine Freunde und Herrn Henseler möchte ich - das haben die Redner von CDU und SPD bereits angedeutet - beantragen, den ersten Satz zu streichen und den restlichen Text als Änderungsantrag zur Abstimmung zu stellen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, den Piraten, Deine Freunde sowie Andreas Henseler von den Freien Wählern ab.

(Bernd Petelkau [CDU]: Der Änderungsantrag von Herrn Kienitz war aber von der CDU und der SPD!)

- Langsam, langsam! - Wir stimmen zuerst über den Ersetzungsantrag der von mir eben Genannten ab und im Anschluss daran über den geänderten Ersetzungsantrag, ohne den ersten Satz.

(Niklas Kienitz [CDU]: Man muss den weitestgehenden zuerst abstimmen!)

- Das kann man so machen.

Wir stimmen jetzt über den ursprünglichen Ersetzungsantrag ab, der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Piraten, Deine Freunde sowie Andreas Henseler eingebracht worden ist. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke, pro Köln, Herr Henseler, die AfD, Deine Freunde, die Grünen, die Piraten und die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit gibt es keine Mehrheit für diesen Ersetzungsantrag.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den geänderten Ersetzungsantrag, und zwar ohne den ersten Satz, wie es gerade von Herrn Kienitz vorgeschlagen worden ist. Wer für diesen so geänderten Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU. Weitere Meldungen sehe ich nicht. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Ersetzungsantrag in der so geänderten Form - ohne den ersten Satz - angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde betreffend „Die Wahlbeteiligung stärken“ AN/1052/2015

Meine Damen und Herren, ich persönlich möchte zum Ausdruck bringen, dass ungeachtet der Auf-

gabe der jeweiligen Parteien, Bürgerinnen und Bürger zur Wahl zu mobilisieren, es auch im gemeinsamen Interesse unserer Stadt ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen, auch zur Wahl eines neuen Stadtoberhauptes am 13. September. Ein Stadtoberhaupt verdient eine breite politische Legitimation. Deswegen möchte ich diesen Antrag, so wie er gestellt worden ist, in meiner Funktion als Oberbürgermeister und als Sitzungsleiter mit allem Nachdruck unterstützen und Ihnen zusichern, dass von den im Antrag genannten Maßnahmen und Instrumenten, soweit möglich, Gebrauch gemacht wird, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt anzuhalten, ihr demokratisches Recht auch tatsächlich auszuüben. Eine Reihe von Maßnahmen ist bereits vorgesehen oder wird schon praktiziert, andere sind von Ihnen genannt worden. Wir als Verwaltung - das ist ja der Auftrag - werden prüfen, welche wir umsetzen können, immer mit der Zielsetzung, möglichst viele Menschen dazu zu animieren, auch tatsächlich zur Wahl zu gehen. Ich hoffe sehr, dass uns dies gelingt, weil wir ein gemeinsames Interesse daran haben.

Deswegen schlage ich vor, dass wir vor dem Hintergrund dessen, was ich gesagt habe, den Beschluss darüber ohne weitere Rederunde fassen. Dieser Dringlichkeitsantrag wurde von einer so breiten Mehrheit gestellt, dass er so, wie er formuliert worden ist, von vielen mitgetragen werden kann.

(Beifall)

Gibt es Stimmen gegen diesen Dringlichkeitsantrag? Dann bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so angenommen und wird als Auftrag an die Verwaltung weitergeleitet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Finanzielle Förderung des Kölner Karnevals auf dem Prüfstand“ AN/0475/2015

**Antwort der Verwaltung vom 22.06.2015
1860/2015**

Dazu ist Ihnen die Mitteilung zugegangen, dass die Gespräche noch nicht beendet sind. Eine Antwort wird auf jeden Fall noch kommen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Abschiebungen und Abschiebepaxis in Köln“ AN/0772/2015

**Antwort der Verwaltung vom 12.06.2015
1621/2015**

Dazu liegt Ihnen eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Ja. Sie dürfen zwei Nachfragen stellen.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Das machen wir schriftlich, wenn es geht; denn das ist ein bisschen komplizierter.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben es rein akustisch nicht verstanden.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Die Nachfrage kommt schriftlich von uns.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay, alles klar. Das wird hier zu Protokoll genommen. Natürlich können Sie Ihre Nachfrage schriftlich einreichen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Datensicherheit und Datenschutz der Stadt Köln“ AN/1031/2015

**Antwort der Verwaltung vom 22.06.2015
1857/2015**

Auch dazu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Ansonsten auch schriftlich.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Entwicklung einer „Digitalen Agenda“: Kosten und Sachstand“ AN/1032/2015

Diese Anfrage ist zwar fristgerecht eingereicht worden, hat aber eine bestimmte Bearbeitungs-

dauer zur Folge. Sie wird in der nächsten Sitzung beantwortet. - Damit sind Sie einverstanden.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

5.4.1 Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten 1361/2015

Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, wir stehen nicht auf diesem Änderungsantrag!)

- Der Änderungsantrag zu 5.4.1 ist mir gerade auf den Tisch gelegt worden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn Sie gleich meine Rede hören, werden Sie feststellen, dass wir nicht auf diesem Änderungsantrag stehen!)

- Dann werden wir das korrigieren. Auf jeden Fall ist das der Antrag, der mir hier vorgelegt worden ist.

(Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie das noch einmal vorlesen?)

- Wir werden es ja gleich sehen. Entscheidend ist, was hier mündlich vorgetragen wird. Es mag sich hier um einen Druckfehler handeln.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, das ist falsch!)

- Also: Das mir vorliegende Exemplar wird zurückgezogen. Entscheidend ist das, was hier mündlich dazu gesagt wird.

Wir beginnen mit den Rednern, die sich dazu schon zu Wort gemeldet haben. Zunächst Herr Joisten für die SPD-Fraktion, bitte.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Die SPD-Fraktion unterstützt die vom Integrationsrat vorgeschlagene Resolution zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Kölnerinnen und Kölner ausdrücklich und dankt an dieser Stelle auch dem Integrationsrat für diese wichtige Initiative.

Erstens ist ein kommunales Wahlrecht für alle ein wichtiges Signal für die Kölnerinnen und Kölner insgesamt: zum einen für die Migrantinnen und Migranten, dass sie vollwertige Mitglieder dieser Stadtgesellschaft sind, zum anderen für die Kölnerinnen und Kölner ohne Migrationshintergrund, dass wir auch in einer so wichtigen Frage wie der Mitbestimmung über die Zusammensetzung von Rat und Bezirksvertretungen zwischen den Einwohnern dieser Stadt keinen Unterschied machen.

Zum Zweiten stärkt es die Demokratie, wenn gerade in Städten wie Köln Rat und Bezirksvertretungen zukünftig tatsächlich die Vertretungen aller Bürgerinnen und Bürger sind und nicht fast 20 Prozent der auch Steuern und Abgaben zahlenden Menschen in dieser Stadt von Entscheidungen zur Erhebung und auch Verteilung dieser notwendigen Beiträge zum Zusammenleben und zur Organisation unserer Stadt ausgeschlossen werden.

Drittens bedeutet das, dass das Thema Integration in den Mittelpunkt gerückt wird und nicht länger an ein wenig machtvolles Gremium wie den Integrationsrat delegiert wird, in dem auch Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund, aber ohne deutschen Pass mitberaten dürfen. Nein, nach Einführung eines kommunalen Wahlrechts dürften alle Kölnerinnen und Kölner, alle Menschen aus allen Bereichen dieser Stadtgesellschaft für öffentliche Mandate kandidieren und unmittelbar an den wichtigen Entscheidungen dieser Stadt mitwirken und mitentscheiden.

Zum Änderungsantrag, der Ihnen, glaube ich, jetzt noch nicht vorliegt. Doch, er wird gerade verteilt, aber in einer Version, wo die CDU unverständlicherweise mit draufstand. Also, um es noch einmal deutlich zu sagen: Es ist ein Änderungsantrag von SPD, Grünen und Linken, der noch einmal deutlich macht, dass wir rechtlich offen einen Antrag an die Landesverfassungskommission formulieren, damit ein Weg gefunden wird, wie 2020 alle Kölnerinnen und Kölner und alle Menschen in NRW wählen können, unabhängig davon - darüber gibt es durchaus einen juristischen Streit -, ob das nur in der Landesverfassung geregelt werden muss oder ob grundgesetzliche Regelungen notwendig sind. Das ist Inhalt unseres Antrags, der jetzt gerade an Sie neu verteilt wird, abgestimmt im Übrigen mit dem Integrationsratsvorsitzenden Tayfun Keltek. Das heißt: An Qualität und Inhalt des Vorschlags wird nichts verändert, sondern er wird nur präzisiert. Es ist uns wichtig, mit unserem Änderungsantrag diese Präzision zu erreichen.

Abschließend will ich festhalten, dass es für eine bunte und ethnisch-kulturell vielfältige Stadt wie Köln eine Herzensangelegenheit sein muss, alle hier lebenden Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen und somit keinen Bürger zurückzulassen. Daher bitte ich im Namen der SPD-Fraktion alle Mitglieder dieses höchsten Gremiums unserer Stadt um Zustimmung zu dieser auch integrationspolitisch extrem wichtigen Resolution, um ein klares und deutliches Signal an alle Kölnerinnen und Kölner mit Migrationshintergrund, egal ob schon lange hier lebend oder erst vor kurzem hinzugekommen, zu senden, nämlich dass wir es mit Partizipation und demokratischer Teilhabe für alle ernst meinen und wir ihren Beitrag für diese Stadt tatsächlich wertschätzen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon eine recht lustige Angelegenheit, dass man während der Ratsdebatte hier einen Änderungsantrag einbringt und uns kaum noch die Möglichkeit gibt, zumindest zu lesen, was Sie tatsächlich ändern wollen. Den Antrag hätte man wahrscheinlich noch pünktlich zu den Fraktions-sitzungen einreichen können, die vor dieser Ratssitzung stattgefunden haben. Dann hätten wir zumindest in der Fraktion darüber sprechen können.

Ich will es gleich vorwegnehmen: Wir werden auch diesem Änderungsantrag nicht zustimmen können, weil er an der Sache selbst kaum etwas ändert. Sie fordern nämlich schlicht und ergreifend etwas, was verfassungsrechtlich überhaupt gar nicht geht.

Zur Initiative des Integrationsrates. Ich finde es schade, dass deren Vorsitzender heute nicht da ist. Wir schätzen ihn sehr. Wir schätzen seine Arbeit, weil er sich der Integration verpflichtet hat und seit Jahrzehnten für die Integration arbeitet. Diese ist für uns alle, denke ich, eines der wichtigsten Themen, eine der größten Herausforderungen in den nächsten Jahren, und daran wollen wir auch gemeinsam arbeiten. Aber, lieber Herr Keltek, liebe Mitglieder des Integrationsrates, die hier heute anwesend sind, liebe Ratsmit-

glieder, das, was hier gefordert wird, führt leider auf den Holzweg. Kommunales Wahlrecht kann eben nicht am Anfang des Integrationsprozesses stehen, sondern wird mit der bewussten Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. So ist das.

(Beifall bei der CDU)

Auch der Weg, der in der Beschlussvorlage vorgeschlagen wird, ist verfassungsrechtlich überhaupt nicht gangbar. Die Aufforderung des Integrationsrates, das kommunale Wahlrecht für alle in unsere Landesverfassung hineinzuschreiben, geht schlicht und ergreifend nicht. In Artikel 28 des Grundgesetzes - er spielte in der Debatte vorhin schon eine Rolle - wird in Absatz 1 das Kommunalwahlrecht abschließend geregelt, so dass den Ländern insoweit überhaupt kein eigener Entscheidungsspielraum zukommt. Artikel 28 des Grundgesetzes bestimmt ausdrücklich, dass nur deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes und EU-Bürger - für sie ist eine Ausnahme gemacht worden - das Kommunalwahlrecht besitzen. Bundesrecht steht hier über Landesrecht. Die angestrebte Änderung unserer Landesverfassung wäre also grundgesetzwidrig. Schon aus diesem Grunde können wir einem solchen Vorschlag nicht zustimmen.

(Zuruf von Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt glauben Sie mir das nicht. Dann zitiere ich einmal aus einem Artikel, aktuell zu finden auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums, in dem zum Ausländerwahlrecht klar und deutlich festgehalten wird - Zitat -:

Das Grundgesetz (...) lässt es nicht zu, Ausländerinnen und Ausländern durch einfaches Gesetz das aktive oder passive Wahlrecht zu den Bundestagswahlen einzuräumen.

(Zuruf von Monika Schultes [SPD])

- Hören Sie bitte zu Ende zu!

Gleiches gilt auch für die Teilnahme an Landtagswahlen und für die Teilnahme an Volksabstimmungen auf der Bundes- oder der Landesebene.

Weiter heißt es:

Das Wahlrecht, mit dem das Volk in erster Linie die ihm zukommende Staatsgewalt ausübt, setzt nach der Konzeption des Grundgesetzes die Eigenschaft

als Deutscher voraus. Nach Art. 20 GG ist das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland Träger und Subjekt der Staatsgewalt. Dieser Grundsatz gilt über Art. 28 Abs. 1 Satz 1 und 2 GG auch für die Länder und Kommunen. Das Grundgesetz schließt damit

- jetzt hören Sie genau zu! -

die Teilnahme von Ausländerinnen und Ausländern an Wahlen sowohl auf der staatlichen als auch auf der kommunalen Ebene grundsätzlich aus (...).

Zitatende. - Das können Sie auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums nachlesen. Das steht im krassen Gegensatz zu dem, was Sie hier fordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wie gesagt: Das ist ein aktueller Artikel, zu finden auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums.

Sie haben gesagt, es gebe darüber auch eine juristische Debatte. Es hat zum Beispiel im letzten Jahr ein Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen zum Thema „Ausweitung des Wahlrechts“, also zur Teilnahme von EU-Bürgern an Landtagswahlen und Teilnahme von Nicht-EU-Bürgern an Kommunalwahlen, gegeben. Der Staatsgerichtshof Bremen hat mit 6 : 1-Richterstimmen ganz klar und deutlich gemacht, dass es dem Bundesverfassungsgericht insoweit voll folgt, dass Nicht-EU-Ausländer nicht an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. - Das ist die Rechtsprechung im Jahr 2014, meine Damen und Herren.

Ich will noch auf das Harmonisierungsgebot zu sprechen kommen. Es kann doch nicht sein, dass in NRW jetzt das Wahlrecht für Zuwanderer beschlossen wird, dass in Thüringen und in Bayern die Monarchie wieder eingeführt wird und dass irgendwelche Eifeldörfer die diplomatischen Beziehungen zu Belgien abbrechen können. Das ist nicht im Benehmen der Stadträte; das ist überhaupt nicht unser Zuständigkeitsbereich, meine Damen und Herren. Im Übrigen tangiert es auch noch die Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes. Das heißt: Wenn Sie eine Verfassungsänderung anstreben wollen, müssten Sie das über eine bundesweite Volksabstimmung machen. Spätestens jetzt muss doch jedem hier im Raum klar sein: Das ist „far beyond the horizon“. Es ist nicht unsere Aufgabe hier im Rat der Stadt Köln, über dieses Thema zu befinden. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Für die Grünen spricht Herr Yurtsever.

Firat Yurtsever (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Elster, mein letztes Juraseminar hatte ich vor fünf Jahren im Studium. Durch Ihren Vortrag eben habe ich mich wieder daran erinnert.

(Zuruf von der CDU: Hat es geholfen?)

- Es hat nicht geholfen, weil es in der Juristerei immer verschiedene Ansichten gibt. Es gibt auch Ansichten, die besagen, dass man das auf Landesebene einführen kann.

Meine Damen und Herren, 30 Prozent der gegenwärtig in Köln lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund, knapp 10 Prozent dieser Menschen stammen aus Nicht-EU-Staaten, sind also sogenannte Drittstaatsangehörige. Diese Drittstaatsangehörigen leben und arbeiten bereits seit mehreren Jahren oder gar Jahrzehnten hier, sie sind Teil der Gesellschaft, genießen und lieben das weltoffene Köln und gehen als pflichtbewusste Bürgerinnen und Bürger gegen Hogesa und Kögida demonstrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Hier, meine Damen und Herren, fängt das Dilemma schon an; denn diese pflichtbewussten Drittstaatsangehörigen sind genau genommen gar keine Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, da nach § 21 Gemeindeordnung nur derjenige Bürger ist, der zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt ist. Diese nicht wahlberechtigten Menschen haben jedoch genau die gleichen Bedürfnisse und Probleme, die die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben. Sie möchten sich genau wie diese einbringen mit ihren Vorstellungen und Ideen - bei der Elternarbeit im Kindergarten, im Vereinswesen, in ehrenamtliche Tätigkeiten, im Rahmen der Bürgerbeteiligung und selbstverständlich auch in der Kommunalpolitik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Hier im Rat und in den Ausschüssen werden politische Entscheidungen herbeigeführt. Deshalb müsste ein kommunales Wahlrecht für diese Menschen eigentlich eine Selbstverständlichkeit

sein. Deswegen ist es besonders schmerzlich, dass die sogenannten Drittstaatsangehörigen, die seit Jahren hier leben, nicht die Möglichkeit haben, hier politisch mitzugestalten. Das ist ein Fehler, meine Damen und Herren, der unbedingt behoben werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Das ist ein Fehler, weil diese Menschen nicht einmal die Möglichkeit haben, ihre Nachbarschaft, ihren Veedel, ihren Stadtteil, ihre Stadt mitzugestalten, obwohl sie schon so lange hier leben und Teil dieser Gesellschaft sind.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir haben mit großer Mehrheit Vorschläge aus dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm sowie ein „Integrationsbudget“ zu deren Umsetzung beschlossen. Das freut mich sehr. Es muss uns jedoch klar sein, dass selbst die besten Maßnahmen nicht richtig wirken können, wenn nicht gleichzeitig eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Menschen, die in dieser Stadt leben, müssen sich hier auch wiederfinden können. Dazu gehört natürlich auch, dass sie direkt und indirekt Einfluss auf die Entwicklung dieser Stadt nehmen können.

Es ist unsere Aufgabe, für die Interessen und Rechte aller Kölnerinnen und Kölner einzutreten. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir von hier aus ein eindeutiges Signal für ein kommunales Wahlrecht für alle setzen und zeigen: Wir als Rat der Stadt Köln wollen eine Gleichbehandlung. Wir wollen eine Kommunalwahl, bei der alle hier in Köln Lebenden eingeladen sind, aktiv und passiv mitzuwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Ein kommunales Wahlrecht für alle ist gut für unsere Demokratie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratische Grundlage. Da hilft auch die Einrichtung eines Integrationsrates ohne Entscheidungskompetenz nur bedingt weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Deshalb unterstützen wir als Grüne das Anliegen des Integrationsrates und fordern die Verfassungskommission auf, das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ zu beraten und entsprechende Vorschläge vorzulegen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken sowie bei Teilen der
SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Tokyürek für die Fraktion Die Linke.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im Jahre 1989 stellte Bruno Otto Bryde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, die grundlegende Frage, ob unsere Demokratie auf Dauer einen erheblichen Teil ihrer Wohnbevölkerung von demokratischer Partizipation ausschließen kann. - Das ist auch hier und heute die entscheidende Frage.

Die in dieser Frage steckende demokratisch-normative Brisanz hat sich, vergleicht man die empirischen Daten über die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer, bis heute eher verschärft. Bisher sind etwa 14,4 Millionen Bürger in NRW wahlberechtigt. Von den knapp 1,7 Millionen volljährigen Ausländern in NRW kommen rund 710.000 nicht aus der EU und sind deshalb nicht wahlberechtigt. Die Debatte über das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer flammt daher in regelmäßigen Abständen wieder auf.

Während die Staatsangehörigen von EU-Staaten auch ohne deutschen Pass die Möglichkeit haben, auf kommunaler Ebene auf die politischen Entscheidungsprozesse durch Wahl einzuwirken, bleiben die sogenannten Drittstaatsangehörigen, also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen wie zum Beispiel die große Gruppe der Menschen aus der Türkei, weiterhin von diesem Recht ausgeschlossen. Die Hürden, auf Entscheidungen und Gestaltungsprozesse in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einzuwirken, sind weiterhin groß. Das unmittelbare Lebensumfeld dieser Menschen ist die Kommune. Damit wird nicht nur die demokratische Legitimation von kommunalen Entscheidungen infrage gestellt; auch die Ungleichbehandlung von EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern wird deutlich.

Ungeachtet des seit Jahren massiv geforderten Wahlrechts wird Integration gerade in den letzten Jahren als Schlüssel und als Gewinn betrachtet. Prozesse der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und Integrationskonzepte in den Kommunen werden maßgeblich unter Einbeziehung von Migrantenorganisationen gestaltet und vorangetrieben, wie zum Beispiel das Interkulturelle Maßnahmenprogramm, an dem viele Fachexperten mitgearbeitet haben. Auch ich bin sehr froh - da gebe ich Herrn Yurtseva recht -, dass wir dieses Programm beschlossen und mit einem „Integrationsbudget“ ausgestattet haben.

Doch sollen Migrantinnen und Migranten für die Politik nur bedeutsam sein, wenn es um das Thema Migration geht? Diese Wahrnehmung bedarf einer grundlegenden Veränderung. Zu einer aktiven Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten gehört auch, bei der politischen Willens- und Entscheidungsbildung gleichberechtigt mitzuwirken,

(Beifall bei der Linken)

und zwar in allen Bereichen des täglichen Lebens.

Die diskriminierende Einteilung in Ausländerinnen und Ausländer erster und zweiter Klasse, wenn es um das Wahlrecht geht, ist bereits in vielen Ländern der Europäischen Union abgeschafft. Dazu zählen Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, die Niederlande und Island. Diese Ungleichbehandlung entspricht schon längst nicht mehr den Lebensrealitäten einer globalisierten Welt.

Wir, Die Linke, fordern deshalb weiterhin und mit Nachdruck das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen,

(Beifall bei der Linken)

die ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land haben, ungeachtet von Migrationsgeschichte und Staatsangehörigkeit. Es kann und darf nicht sein, dass ein Großteil der seit Jahren in unserem Land lebenden Menschen von einem demokratischen Grundrecht ausgeschlossen bleibt, gleichzeitig aber alle anderen Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen soll. Dies entspricht nicht den Grundsätzen der Demokratie. Eine starke Demokratie braucht die aktive Teilhabe und Mitgestaltung aller Bürgerinnen und Bürger, gerade im lebensnahen Umfeld der Kommunen, die direkten Einfluss auf das tägliche Leben haben.

Eine Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger in Nordrhein-Westfalen ist nach

Ansicht von Rechtsexperten auch unabhängig von Bundesgesetzen möglich. Allerdings bleibt die Prüfung Verfassungsrechtlern vorbehalten. Herr Dr. Elster, ich merke hier in aller Deutlichkeit an: Wir beschließen heute eine Resolution.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Die führt aber zu Unrecht!)

Das ist eine politische Willensäußerung. Wir prüfen hier nicht, ob es verfassungsrechtlich möglich ist oder nicht. Dennoch müssen wir - Sie selbst sind Mitglied des Integrationsrates - dieses Signal nach außen senden, gerade weil die Menschen dies fordern, gerade weil der Integrationsrat daran gearbeitet hat.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Linke hat sich immer für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten aus Nicht EU-Ländern eingesetzt und dies gefordert. Die notwendigen Änderungen sollten vorgenommen werden, um das kommunale Wahlrecht auf alle Migrantinnen und Migranten auszudehnen. Wir werden der vorliegenden Resolution zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich sage es vorab: Die FDP-Fraktion wird dieser Resolution bzw. dem heute vorgelegten Ersetzungsantrag zustimmen, weil wir das damit verbundene politische Ziel teilen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Auch wir wollen das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger. Wer hier lebt, arbeitet und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft ist, sollte auch das Gemeinwesen vor Ort mitgestalten können.

Sehr geehrter Herr Kollege Elster - - Sehr geehrter Herr Kollege Elster!

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich höre zu!)

- Sehr gut; ich wusste, Sie sind multitaskingfähig; Sie können das. Ich kann Ihre Bedenken und Ihre Einlassungen zu den rechtlichen und gesetzlichen Aspekten nachvollziehen. Aber wir sind Politiker. Ich glaube, wenn wir den politischen Willen haben, sollten wir auch in der Lage sein, Gesetze zu verändern.

(Beifall bei der FDP, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Die Argumentation: weil die Gesetze so sind, können wir nichts ändern, halte ich für politisch nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Deutschland dürfen EU-Bürger die Parlamente auf lokaler Ebene bereits seit 20 Jahren mitwählen. Wir sind der Meinung, dass dies auch für Nicht-EU-Bürger gelten sollte. Wenn wir heute bei verschiedenen Tagesordnungspunkten über das Thema Partizipation diskutieren und darüber, wie wir die Menschen bewegen können, an Wahlen teilzunehmen, dann müssen wir doch alles dafür tun, die Menschen, die sich in unser Gemeinwesen einbringen wollen, mitzunehmen und ihnen das Wahlrecht einzuräumen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Eines will ich gerne gestehen: Auch für uns Freie Demokraten ist ganz klar: Das kommunale Wahlrecht für alle ist nur *ein* Baustein einer gelungenen Integrationspolitik, nicht aber ein Allheilmittel. Deshalb setzen wir uns auch schon seit langem für die Mehrstaatlichkeit ein. Wir sind der Meinung: Junge Deutsche, die mit türkischen Wurzeln aufgewachsen sind, sollten nicht gezwungen sein, sich zwischen dem Land ihrer Eltern und Großeltern und dem Land, in dem sie aufgewachsen sind, zu entscheiden. Das sollte gelten ohne Ausnahmen und ohne komplizierte Regeln.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Integrationspolitik nur dann gelingen kann, wenn sie auf einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens beruht. Von daher ist es kontraproduktiv, wenn in der Debatte manchmal der Eindruck erweckt wird, dass Kritiker des kommunalen Wahl-

rechts für alle sich nicht für die Integration von Migranten und Migrantinnen einsetzen wollen. Ich glaube, das ist zu kurz gesprungen und wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Natürlich ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle mit rechtlichen Schwierigkeiten verbunden. Das muss auch ich als Befürworterin des kommunalen Wahlrechts für alle einräumen und anerkennen. So wird dies in der Tat nicht ohne Grundgesetzänderung möglich sein. Es ist ja schön, wenn sich im Landtag eine Verfassungskommission damit beschäftigt. Aber das ist nur die halbe Miete. Es wäre, wie ich finde, auch politisch nicht richtig und vernünftig, wenn, einem Flickenteppich gleich, in dem einen Bundesland das kommunale Wahlrecht für alle gelten würde und in dem anderen nicht. Das wäre auch integrationspolitisch nicht sinnvoll.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Ralph Elster [CDU])

Damit sind wir beim entscheidenden Punkt: Es muss eine bundeseinheitliche Lösung gefunden werden. Wer das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft implementieren will, muss es auf Bundesebene implementieren, muss dort aktiv werden. Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, sei doch mal die Frage gestattet: Wo steht denn das kommunale Wahlrecht für alle im Koalitionsvertrag mit der CDU und CSU?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Steht da nicht!)

- Sie kennen die Antwort? - Im Koalitionsvertrag findet sich hierzu kein Wort. Im Bund - das muss man sagen - ist die SPD an der CDU gescheitert.

Zusammenfassend gesagt: Das kommunale Wahlrecht für alle muss auf Bundesebene geregelt werden. Dabei müssen in der Tat hohe rechtliche Hürden überwunden werden. Aber Hürden sind dazu da, dass man sie überwindet. Zum Schluss zählen nicht die juristischen Bedenken, sondern der politische Wille.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen ab über den Ersetzungsantrag - ich sage es jetzt noch einmal in aller Deutlichkeit;

damit ist das Versehen ausgeräumt - der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke:

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. betreffend "Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten"
AN/1061/2015

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen, Deine Freunde, die Piraten, die Linke, die FDP und Herr Henseler. Eine breite Mehrheit ist also für diesen Ersetzungsantrag. Da er mit breiter Mehrheit angenommen ist, erübrigt sich eine Abstimmung über die ursprüngliche Beschlussvorlage. - Ja, bitte schön.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Herr Oberbürgermeister, aber Sie haben jetzt schon festgestellt, dass wir dagegen gestimmt haben? Oder wie sind unsere Stimmen gezählt worden?)

- Danke für diesen Hinweis. Sie haben vollkommen recht: Ich habe nur diejenigen genannt, die dafür gestimmt haben. Vergessen hatte ich die Frage nach Enthaltungen. Das hole ich jetzt nach. - Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann steht fest, wer dagegen gestimmt hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Zu 8.1:

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0404 - Rautenstrauch-Joest-Museum für das Haushaltsjahr 2013 **2920/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Wirtschaftsplan 2015 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln **0399/2015**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2013 - Beteiligungsbericht 2013 **0763/2015**

Keine Wortmeldungen. - Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) Köln - Modifizierung der Steuerungs- und Ansiedlungsregeln **1111/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Deine Freunde ist das beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen **(Beschluss vom 17.12.2013, 2829/2013)** **1175/2015**

Abstimmung wie im StEA vorgelegt. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler und der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Aufstockung der jährlichen Zuwendungen für die NABU-Naturschutzstation Leverkusen - Köln e. V. ab 2016 **1365/2015**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP und der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler **hier: Einrichtung eines Veedelsbeirats und Ernennung der Beiratsmitglieder und stellvertretenden Beiratsmitglieder** **1398/2015**

Keine Wortmeldungen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Gesundheits-Chipkarte zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 1408/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so angenommen. Ich bedanke mich im Interesse vieler Betroffener ganz herzlich.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrags zur Inventar Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften 1446/2015

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das ebenfalls einstimmig beschlossen und angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Planungsbeschluss zum Neubau einer Rad- und Fußwegebrücke an der Weinsbergstraße 1219/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen. Fußgänger und Radfahrer werden sich freuen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Rettungshubschrauberstation Köln-Buchforst Kostenerhöhungsbeschluss 0484/2015

Abstimmung, wie Finanzausschuss. - Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Dagegen ist Deine Freunde. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit großer Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-2-5102 Stadtb.Rh.-

Sieg BANord-Süd/3.Betr.absch. und Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA) 0685/2015

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von Herrn Henseler und der AfD. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deine Freunde ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Ersatzneubau des Schaugewächshauses im Botanischen Garten Weiterplanungs- und Baubeschluss sowie Annahme einer Schenkung 0912/2015

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0993/2015

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1045/2015

(Martin Börschel [SPD]: Bitte wie Alternative 1 abstimmen!)

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja, von Herrn Hoyer und Herrn Detjen.

(Reinhard Houben [FDP]: Entschuldigen Sie, Herr Oberbürgermeister! Frau Hoyer und Herr Houben werden oft verwechselt! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Das ist in Ihrem Falle von Vorteil, Herr Kollege! - Heiterkeit)

Entschuldigung, Herr Houben, das lag mir fern. Bitte, Sie haben das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister, Katja Hoyer und ich erleben das so oft. Das ist für mich immer ein Kompliment; da hat der Kollege Börschel recht. Katja Hoyer muss selbst für sich entscheiden, ob sie das auch so sieht.

(Heiterkeit)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Originalantrag ist eine Art „Schläfer“. Es gibt so Vorlagen, wo man viel diskutiert und manches beschlossen hat und sich eigentlich gar nicht vorstellen kann, dass sie wieder auftauchen. Aber auf einmal - hopp! - ist ein Thema wieder ganz aktuell, von dem viele geglaubt haben, es sei längst vergessen. Nur ganz besonders böse Menschen und vielleicht auch einige Liberale könnten denken: Es ist OB-Wahlkampf,

frei nach dem Motto: Für jeden Stadtbezirk ein Zuckerchen.

Sie wissen ja, die FDP ist ganz besonders eng verbunden mit der Flora. Wir sind auch froh - Ralph Sterck hat es heute Morgen ausgeführt -, dass das Gebäude so umgebaut worden ist und dass es auch - das war für uns entscheidend - wirtschaftlich gesehen Erfolg bringt.

Nun sollen die Umbauten an den Gewächshäusern folgen. Wer da sagt: „Das ist ein neues Problem“, der sagt die Unwahrheit. Diese Gewächshäuser sind seit vielen, vielen Jahren - man kann schon sagen: seit Jahrzehnten - in einem schlechten Zustand. Gerade die Freunde und Förderer der Flora hatten den Mund sehr voll genommen und gesagt: Wir wollen 3 Millionen Euro sammeln, damit wir das Ziel einer besonders edlen Realisierung von Schaugewächshäusern umsetzen können. - Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen: Dieses Ziel wurde bis heute bei Weitem nicht erreicht, es wurde deutlich verfehlt.

Wenn man den Bericht des RPA genau liest, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, dann muss man feststellen: Das RPA wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, dass wir heute über diesen Beschlussvorschlag, der uns jetzt im Original vorliegt, entscheiden. Das zieht sich über mehrere Seiten und Schriftwechsel der verschiedenen Dienststellen. Das Fazit am Ende: Ein Investitionsbeschluss kann auf Grundlage der vorliegenden Daten und Unterlagen nicht erfolgen. - So das RPA.

Nun wird uns erzählt, dies sei eine Bildungseinrichtung; deswegen müsse man das ganz anders bewerten und es nicht nur als Schauhaus betrachten. - Das ist nicht ganz richtig, meine Damen und Herren. Ja, wir haben die „Grüne Schule Flora“, aber sie befindet sich in einem ganz anderen Gebäude, einige Hundert Meter entfernt von den Gewächshäusern. Wer sich mit dem Programm der „Grünen Schule Flora“ ein wenig auseinandersetzt, wird feststellen, dass dort zurzeit 25 verschiedene Themen bearbeitet werden, zum größten Teil aber eben nicht in den Schaugewächshäusern, sondern in der Flora insgesamt.

Warum jetzt dieser Antrag? Wie gesagt, wir haben den Verdacht: Das ist ein OB-Antrag, das Versprechen einer großen Lösung, nachdem jahrzehntelang nichts getan worden ist. Da sind wir eben sehr kritisch, weil wir der festen Überzeugung sind: Wenn wir uns denn heute für die große Lösung entscheiden, ist das Haltbarkeits-

datum ganz klar definiert, nämlich auf einen Tag nach der OB-Wahl, egal wie sie ausfällt.

Da die Zeit sehr kurz ist, möchte ich nicht mehr auf die 140.000 Euro Einnahmen eingehen. Wir glauben, es ist entscheidend, dass diese Schauhäuser kostenlos bleiben; sonst wird die Akzeptanz nicht so groß sein. Das Geld, was wir theoretisch einspielen könnten, würde noch nicht einmal reichen, die entsprechenden Techniken zu betreiben und dann auch zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Nun haben wir erst vor wenigen Minuten einen Änderungsantrag dazu bekommen. Deswegen muss ich meine Rede jetzt etwas umstricken.

(Martin Börschel [SPD]: Von welchem Antrag sprechen Sie denn hier?)

Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie gerne an das, was Kollege Börschel in der Sitzung heute Vormittag gesagt hat - da kann ich Ihnen nur zustimmen, Herr Börschel -: Wir als Stadt müssen es schaffen, ein Gebäude zu bauen, bei dem die Kosten am Ende des Verfahrens wirklich nur so hoch sind, wie wir es in den entsprechenden Vorlagen beschlossen haben.

Wenn wir den Weg so gehen, wie Sie ihn jetzt vorschlagen, egal ob wir heute die kleine Variante mit 9,1 Millionen Euro oder die große Variante mit 11,3 Millionen Euro beschließen, bedeutet das: Wir geben erst einmal dieses Geld aus und fangen dann erneut an, zu kontrollieren. Und was machen wir dann? Dann werden wir ein Dreiviertelgewächshaus haben und sagen: Jetzt bauen wir das auch zu Ende. - Das ist doch genau das, was Sie eigentlich nicht wollen, Herr Börschel.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte langsam zum Ende!

Reinhard Houben [FDP]: Ja, ich komme zum Ende. - Das wäre doch genau das Gegenteil dessen, was Sie vorhin gefordert haben. - Wir brauchen klare Zahlen. Dann können wir etwas machen. Deswegen sind wir für eine kleine Sanierung. Diese ist mit 9 Millionen Euro auf jeden Fall realisierbar; es wird wahrscheinlich sogar billiger werden. In dem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Dr. Gutzeit.

Dr. Walter Gutzeit [CDU]: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht von der FDP; denn in anderen Sitzungen hat sie sich eigentlich immer sehr für die Stadtentwicklung eingesetzt.

(Martin Börschel [SPD]: Es konnte gar nicht teuer genug sein!)

Jetzt wollen wir ein Projekt zur Sanierung der ziemlich maroden Schaugewächshäuser umsetzen. Wir sind froh, dass zu dem neu gestalteten Ersatzneubau nun auch die Orangerie hinzukommt; denn das Gebäude der Orangerie hat, wie wir alle wissen, einen besonderen kulturhistorischen Reiz und steht unter Denkmalschutz. Wir als CDU begrüßen dieses Projekt. Ich darf an dieser Stelle dem Freundeskreis Botanischer Garten Köln e. V. unseren Dank aussprechen,

(Beifall bei der CDU und von Martin Börschel [SPD])

der wiederum eine größere Summe für die Planungskosten bereitstellt. Es steht noch eine Entscheidung aus, ob der Freundeskreis uns dann auch bei der baulichen Realisierung des Projekts unterstützt.

Meine Damen und Herren, wir alle denken natürlich nach, wenn es um die Höhe der Kosten und der Eintrittsgelder geht. Ich meine, wenn all das realisiert worden ist, was wir hier heute beschließen werden - ein Subtropenhaus, das einen erheblich größeren Mehrwert und einen Imagegewinn mit sich bringen wird -, dann ist sicherlich auch ein Eintritt in Höhe von 3 Euro zumutbar. In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung des Stadtbezirks V wurde das auch thematisiert und angeregt, über Dauerkarten für Bürger, die im Umfeld wohnen, und Ermäßigungen für Bevölkerungsgruppen, die sich den Eintritt nicht leisten können, nachzudenken.

Wir als CDU unterstützen diesen Antrag. Dieses Vorhaben bringt einen Imagegewinn und einen erheblichen Mehrwert für unsere Stadt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Gutzeit. - Wir kommen zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben in Gestalt von Frau Hoyer oder umgekehrt hat mich doch herausgefordert, noch drei Sätze zu sagen.

Sie haben, glaube ich, auf die Anlage 8 der Beschlussvorlage verwiesen. Ich war, ehrlich gesagt, eben ein bisschen irritiert und habe gedacht: Von welchem Antrag reden Sie überhaupt? Es gibt zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag von der FDP, es gibt einen Antrag von der Linken, und es gibt die Verwaltungsvorlage mit einer Anlage 8. Ich kenne keinen weiteren Antrag. Sollte es noch einen weiteren geben, müssten Sie mich aufklären und dies konkretisieren.

Die Anlage 8, die in der Tat heute spontan hinzugekommen ist, ist gestern im Finanzausschuss ausdrücklich erbeten worden, und zwar von allen dort Beteiligten, weil man noch ein paar Fragen zur Vorlage und der Kalkulation hatte. Insofern fände ich es unfair, der Verwaltung vorzuwerfen, dass sie diese ergänzende Stellungnahme zu kurzfristig vorgelegt hat. Das war gestern im Finanzausschuss der gemeinsame Wunsch von uns allen.

Der zweite Punkt, den ich noch zur Vorlage nennen will: In der Tat ist die Flora - ich habe es heute Vormittag schon gesagt - ein Schmuckstück, ein Kleinod. Alle Beteiligten in dieser Stadt - Kölnkongress, die Verwaltung, der Rat und vor allem die Bürgerschaft - finden toll, was dort entstanden ist. Dann sollte man aber auch die arrondierenden Dinge, wie eben die Sanierung der Schaugewächshäuser, richtig machen. Deswegen haben wir uns dafür ausgesprochen.

Ja, in der Tat hat sich der Oberbürgermeister seit geraumer Zeit dafür eingesetzt. Ich finde das überhaupt nicht ehrenrührig. An anderer Stelle fordern Sie doch genau das von ihm. Jetzt macht er es, und dann ist es Ihnen auch wieder nicht recht.

(Beifall bei Dr. Ralph Elster [CDU])

Wir finden es ausdrücklich richtig, dass man sich hier für die große Lösung entscheidet, die dieses wunderbare Ensemble mit der Flora entsprechend abrunden wird.

Wenn man die Worte von Herrn Sterck von heute Morgen noch richtig im Kopf und im Ohr hat, dann muss man das Gefühl haben, dass seit Agrippina jeder entscheidende Fortschritt in der Stadtentwicklung auf die FDP zurückgeht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist natürlich weder richtig noch besonders kreativ. Ich habe ein bisschen den Eindruck - anders als es Herr Sterck heute Morgen noch gesagt hat -, Sie sind nur ein bisschen beleidigt, weil diese Idee, nach Ihrer eigenen Diktion, zur Abwechslung einmal nicht von Ihnen kam. Insofern finde ich: Meine Güte, lassen Sie Ihren Worten dann auch Taten folgen! Hier geht es um eine gute, runde Lösung, der wir zustimmen wollen. Deswegen sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sich auch einen Ruck geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Wir kommen dann zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Ich kann es vom Platz aus machen. - Herr Oberbürgermeister! Vielen Dank, Herr Börschel, dass Sie noch einmal auf die Anlage hingewiesen haben; denn die Gebühren hätte ich in meiner Rede zur Sprache gebracht. Da sie aber jetzt nicht Gegenstand der Debatte sind, ziehen wir unseren Antrag zurück.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Linke zieht ihren Antrag zurück.

Ich verstehe es so, dass wir heute entscheiden über einen Planungs- und Baubeschluss - - Gibt es noch eine Wortmeldung von Ihnen, Herr Rottmann?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sagen Sie das doch einmal fertig jetzt!)

- Danke schön, Herr Detjen, für die Unterstützung. - Da wir heute entscheiden über einen Planungs- und Baubeschluss für die erforderlichen baulichen Maßnahmen, nicht aber über die zukünftige Gebühren- und Benutzungsordnung, ist es sinnvoll, wenn diese in einer gesonderten Vorlage von der Verwaltung eingebracht wird, in der dann auch die Frage beantwortet wird, wie die Gebührensituation gestaltet werden soll. Das möchte ich noch einmal zur Klarstellung sagen.

Jetzt zur Wortmeldung von Herrn Rottmann.

Hendrik Rottmann (AfD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! „Kein Schmuck am Nachthemd“, hatte ich heute Morgen gesagt, meine Damen und Herren. Genau darüber reden wir jetzt schon wieder. - Wir brauchen vielleicht mal irgendwann neue Gewächshäuser, aber nicht jetzt, nicht in dieser Haushaltssituation und nicht unter dem Duktus, dass die Eltern, wie Sie heute Vormittag beschlossen haben, für die Kinderbetreuung mehr bezahlen müssen. Ich möchte Sie, Herr Börschel, gern daran erinnern - Sie sind ja Familienvater -, dass Schmuckstücke und Kleinode ganz besonders die Kinder sind. Wenn Sie ein Blumengewächshaus über die Kinderbetreuung stellen, dann sagt das viel aus, und das finde ich sehr traurig.

(Zuruf: Das hat kein Mensch gesagt!)

- Das hat kein Mensch gesagt, aber Sie geben ja Geld aus für etwas, was wir nicht brauchen, und ziehen das Geld bei den Menschen ab, die ihre Kinder in Betreuung geben. Das kann man schon gegenrechnen. Dass Sie das nicht können, ist mir klar; denn mit Zahlen haben Sie es ja nicht so.

Deswegen: Meine Damen und Herren, stimmen Sie nicht für dieses Gewächshaus! Wir brauchen das jetzt nicht. Das können wir später noch machen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Sie sind ja ahnungslos!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Antrag der FDP ab. Wer für den Antrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die AfD, Deine Freunde und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Alternative 1 in der Beschlussvorlage. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., Herr Beckamp von der AfD und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Wiener ist dies so angenommen. Ich bedanke mich herzlich für diesen guten Beschluss.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**10.14 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
Kostenerhöhungsbeschluss
0991/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir auch da zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Errichtung eines Neubaus mit Zweifeldsporthalle für die Bertha-von-Suttner-Realschule, Kolkrabenweg 65, 50829 Köln-Vogelsang
Baubeschluss
0812/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Martin-Köllen-Schule, Förderschule Hachenburger Str. 11, 51105 Köln
1119/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Generalinstandsetzung der Katholischen Grundschule Forststraße in Köln Rath/Heumar mit Klassentrakt und Gymnastikhalle
Baubeschluss
1195/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Piraten
AN/1060/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe und gehe davon aus, dass ich nach der Debatte gestern im Finanzausschuss auf eine umfangreiche Begründung verzichten kann. Ich würde hier jetzt nur noch zwei Punkte gerne vorbringen.

Wir haben es jetzt aus verfahrenstechnischen Gründen als Änderungsantrag zur Vorlage 10.17 formuliert, gehen aber natürlich davon aus, dass die Verwaltung in Zukunft bei allen ähnlichen Vorgängen entsprechend verfahren wird. - Das ist der erste Punkt.

Wir würden zweitens anregen und darum bitten, dass wir zu gegebener Zeit dieses Vorgehen evaluieren und uns gemeinsam überlegen, ob es weiteren Optimierungsbedarf braucht oder ob dieses Verfahren dann in unser aller Sinne richtig ist.

Aber die Hauptbitte ist, in Zukunft generell so zu verfahren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. Das ist so angekommen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe der Piraten. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Enthaltungen von der AfD und von pro Köln. Dann ist das angenommen in der geänderten Fassung, wie sie von den großen Fraktionen vorgelegt worden ist.

(Martin Börschel [SPD]: Nur zur Sicherheit: Die Vorlage haben Sie gleich mit abgestimmt?)

- Ja.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Neumöblierung des Studienhauses der Volkshochschule Köln
1741/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2015
1399/2015**

Keine Gegenstimmen? - Keine Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

10.21 Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) und Verkehrsgesellschaft Bergisches

Land mbH (VBL): Erwerb, Abtretung und Veräußerung von Geschäftsanteilen
1536/2015

Keine Gegenstimmen? - Keine Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Koelnmesse GmbH
Übernahme der Interfeiras Eventos Ltda. durch die Koelnmesse Organizacao de Feiras Ltda.**
1628/2015

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Deine Freunde ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Neuvergabe der Wasserkonzession
1716/2015

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1057/2015

Ich weise darauf hin, dass es dazu einen Änderungsantrag - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein Zusatzantrag ist das! Er ergänzt die Vorlage!)

- Ja, es ist ein Zusatzantrag; sehr präzise. - Es gibt dazu einen ergänzenden Antrag, wie mir Herr Frank gerade mitgeteilt hat, von den Fraktionen der SPD und der Grünen im Rat. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Zusatzantrag kurz begründen. Auf den ersten Blick könnte man denken: Die Neuausschreibung der Wasserkonzession sei ein rein formaler Akt. Tatsächlich geht es aber hier um die Beschaffenheit unseres wichtigsten Lebensmittels, nämlich des Kölner Trinkwassers, in den nächsten 20 Jahren

Es gibt im Beschlussvorschlag einen Kriterienkatalog mit Punktevergabe für alle Dinge, die in dem Vertrag berücksichtigt werden sollen. Erstaunlicherweise fehlt das Allerwichtigste, nämlich die Qualität des Kölner Wassers, obwohl wir

in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch die RheinEnergie einiges in den Schutz der Rohwasservorkommen investiert haben, zum Beispiel durch Aufforstungsarbeiten im Weißer Bogen, aber auch durch Arbeitsgemeinschaften mit den Landwirten, sowohl rechtsrheinisch als auch linksrheinisch, um den Nitratreintrag durch die Landwirtschaft möglichst zu minimieren. Ich denke, es ist im Sinne aller Kölner Bürger, dass wir die Erfolge, die wir dabei erzielt haben, auch für die Zukunft sichern und dass auch in Zukunft der Schutz der Rohwasservorkommen eine große Rolle spielen und in diesem Vertrag verankert werden muss. - Das ist Punkt 1 unseres Änderungsantrags.

Darüber hinaus denken wir, dass in dem neuen Konzessionsvertrag zwei weitere Punkte geklärt werden sollten: Zum einen geht es um die Erschwerungszulage. Das ist ein Entgelt dafür, dass nach Straßenaufbrüchen, selbst bei bester Arbeit, die Straßen beschädigt sind. Das führt zu Folgekosten für die Stadt Köln. Es gab deswegen über mehrere Jahre lange Debatten im Rechnungsprüfungsausschuss, warum die StEB hierfür Gelder abführen müssen, die RheinEnergie für ihre Aufbrüche aber nicht. Wir sehen jetzt die Möglichkeit, das in diesen Vertrag aufzunehmen, um in Zukunft diese Gelder für die Stadt zu sichern.

Zum anderen geht es um die kostenlose öffentliche Trinkwasserversorgung an Kölner Brunnen bzw. durch Wasserspender; das wurde auch im letzten Beschwerdeausschuss thematisiert. Wir denken, dass es auch in Köln - Berlin ist hierfür ein Beispiel - eine kostenlose Abgabe von Trinkwasser geben sollte und wir die Neuausschreibung nutzen sollten, in den Vertrag nicht nur die kostenlose Bereitstellung von Löschwasser, sondern auch die kostenlose Abgabe von Trinkwasser für die Kölner Bevölkerung aufzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Zusatzantrag ab. Wer gegen diesen Zusatzantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen ist niemand. Wer Enthält sich? - Ebenfalls niemand.

Dann können wir über die Vorlage in der Fassung des eben beschlossenen Zusatzantrags abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Betrauung der GAG mit dem sog. „Chorweiler-Paket“ 1753/2015

Dazu liegen Wortmeldungen vor. Zunächst Herr Frenzel von der Fraktion der SPD.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ein Paket stellt man sich normalerweise einigermaßen handlich vor. Wir befassen uns heute mit dem sogenannten „Chorweiler-Paket“. Dieses Paket hat es in sich. Es hat gewaltige Ausmaße: Es besteht aus 1.200 Wohnungen im Kölner Norden. Es geht hier aber nicht nur um eine Sache; in diesen Wohnungen leben rund 4.000 Menschen: Alte, Männer, Frauen und viele Kinder, teilweise die Schwächsten der Schwachen. Sie sind die Leidtragenden eines totalen Marktversagens. Ihr Zuhause, in das sie vielleicht einmal die Hoffnung gesetzt hatten, dort eine Heimat zu finden, ist als spekulatives Paket durch viele Hände gegangen. Die Zustände haben sich während dieser Zeit stetig verschlimmert. Defekte Aufzüge in Hochhäusern, Vandalismus, undichte Fenster, defekte Briefkästen, aufgebrochene Türen - wer einmal in solch vernachlässigten Immobilien war, vergisst diesen Eindruck nicht so schnell.

Meine Damen und Herren, wir dürfen es nicht zulassen, dass die Wohnungen weiter verkommen und die Menschen unter unwürdigen Bedingungen leben müssen, nur damit Heuschrecken kurzfristige Renditen erzielen können.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Wir alle haben Schreiben von den Menschen aus Chorweiler erhalten, die an uns appellieren, sie nicht allein zu lassen. Es wäre ein wichtiges Signal der Kölner Politik gewesen, dass wir mit der mehrheitlich im städtischen Besitz befindlichen Wohnungsbaugesellschaft GAG bereit sind, zu helfen. Der Vorstand der GAG, der Aufsichtsrats-

vorsitzende Jochen Ott und der Oberbürgermeister dieser Stadt haben jahrelang beharrlich daran gearbeitet, eine Lösung für Chorweiler zu finden.

(Lachen bei der CDU)

Dass diese Lösung nun erstmals in greifbare Nähe gerückt ist, ist das Verdienst ihrer vielen Gespräche mit den Gläubigern und dem Insolvenzverwalter, einer eingehenden Bewertung der Immobilie und des großen Engagements der GAG-Mitarbeiter, denen an dieser Stelle unser Dank gilt.

Es war nicht klug, diese harte Arbeit mit einem Federstrich seitens der von CDU und FDP in den Aufsichtsrat entsandten Vertreter zunichte machen zu wollen, um damit den Aufsichtsratsvorsitzenden zu treffen. Insofern wäre ich froh, wenn es heute das Signal gäbe, dass es in dieser Frage wieder eine Annäherung gibt. Auch eine späte Einsicht ist eine gute. Sie werden von uns jedenfalls keine Häme hören oder spüren.

Diese Häuser sind keine Spekulationsobjekte. Wir wollen, dass die GAG diese Häuser übernehmen und dort wieder gesunde Wohnverhältnisse herstellen kann. Die GAG kann das leisten. Da sie aber börsennotiert ist, unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat aber der Verpflichtung, keine Geschäfte abzuschließen, die wirtschaftlich zu Verlusten führen. Aufgrund der Ausweitung der Wohnanlage durch den Raubtierkapitalismus entstehen der Gesellschaft jedoch hohe Kosten, um in Zukunft gutes Wohnen wieder zu ermöglichen.

Wenn die GAG Wohnungen kauft, muss auch das Umfeld stimmen. Dazu dient der Betrauungsakt. Die GAG soll Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erbringen, als da unter anderem wären: die Beseitigung des Instandhaltungsstaus, sozial gebundene Vernetzung an Menschen mit Wohnberechtigungsschein, eine allgemeine Bewirtschaftung mit Instandhaltung, Sozialbetreuung, Einsatz von Sozialarbeitern, Entwicklung sozialer Handlungskonzepte und, und, und. Insgesamt betragen die Kosten 32 Millionen Euro in zehn Jahren. Sie sehen: Der Betrauungsakt ist wichtig für den Erfolg. Er ist strategisch die richtige Entscheidung. Er ist notwendig, damit wir das Notwendige tun können, um Chorweiler zu helfen.

Die Betrauung ist der Startschuss für weitere Maßnahmen in Chorweiler; so sollten wir das sehen. Drei Punkte dazu:

Erstens. Chorweiler erhält über 500.000 Euro für Spielplatzsanierungen am Athener Ring und an der Oxford Passage einschließlich neuer Fußwege und Neugestaltung des Umfeldes aus Landesmitteln.

Zweitens. Beantragt werden - heute werden wir das unter 18.1 hoffentlich auch beschließen bzw. die Dringlichkeitsentscheidung nachvollziehen - aus dem Bundesförderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ 6 Millionen Euro Zuschuss vom Bund sowie 3 Millionen Euro städtische Mittel. - Vielen Dank auch an den OB, dass er dies in den Antrag mit aufgenommen hat.

Dritter Punkt. Chorweiler ist zudem Bestandteil des „Starke Veedel - Starkes Köln“-Konzeptes für die neue EFRE/ESF-Förderperiode.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute ein starkes Signal an die Bürger senden, dass Sie zu Recht Hoffnung setzen können in die soziale Stadt Köln, die keinen zurücklässt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben als CDU immer gesagt: Wir wollen die Menschen in Chorweiler nicht zurücklassen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir wollen die Erneuerung dieses Stadtteils genauso wie die Erneuerung in anderen Teilen dieser Stadt. Ich erinnere an meine erste Rede hier zu dieser Thematik, in der ich gesagt habe: Wir dürfen auch andere Teile dieser Stadt nicht vergessen, sei es Meschenich, sei es Finkenberg, seien es viele andere Teile dieser Stadt.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Wir müssen den Menschen helfen, meine Damen und Herren, aber wir brauchen dazu auch sauber vorbereitete Entscheidungsgrundlagen. Und genau das war das Problem in den letzten Wochen und Monaten. Daran hat es in der Vergangenheit gemangelt. Hier sehe ich die Versäumnisse nicht nur beim Oberbürgermeister und bei der von ihm geführten Verwaltung, sondern auch beim Aufsichtsratsvorsitzenden, der

bestimmte Dinge nicht vorbereitet hat, sodass selbst die Arbeitnehmervertreter,

(Beifall bei Birgit Gordes [CDU])

die ja politisch nicht gebunden sind, dagegen gestimmt haben.

Wir haben in den letzten Wochen sehr viele Gespräche geführt. Ein Teil unserer damaligen Fragen konnte Gott sei Dank beantwortet werden.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Ich hätte mir gewünscht, wenn wir das schon im Vorfeld der letzten Sitzung hätten klären können.

So konnten beispielsweise unsere Bedenken hinsichtlich der EU-rechtlichen Betrauung weitestgehend ausgeräumt werden, wobei ein gewisses Restrisiko bleibt. Wenn es zu einer faktischen Prüfung kommt, besteht immer noch ein gewisses Restrisiko. Aber wir glauben - das wurde vonseiten der Verwaltung ausreichend dargelegt -, dass diese Thematik kein kritischer Punkt mehr ist.

Das zweite Thema, das aus unserer Sicht besonders kritisch, vielleicht sogar noch kritischer als das erste war: Wir haben es hier mit zwei verschiedenen Rechtsgeschäften zu tun. Wir haben einmal das Rechtsgeschäft, das in der GAG selbst stattfindet, nämlich der Ankauf der Liegenschaften zu einem Preis, der faktisch deutlich höher ist, als ein Verkehrswertgutachten in der Vergangenheit festgestellt hat. Hierzu hat uns der Vorstand der GAG hinreichend versichert, dass er kein Rechtsgeschäft eingehen wird, das den Tatbestand der Untreue erfüllt; denn das wäre es, wenn mit fremdem Geld ein Ankauf getätigt würde, für den man nicht den finalen Marktpreis zahlt. Man hat uns dargelegt, dass das nicht der Fall ist und der Vorstand der GAG es ausschließt, solche Geschäfte zu machen. Sie mögen mir widersprechen, wenn Sie die Aussage, dass das so weit in Ordnung ist, nicht halten können. Auch an die Beteiligungsverwaltung hatten wir diese Frage gestellt. Wir gehen nunmehr davon aus, dass durch die Kombination der beiden Rechtsgeschäfte - wir haben neben dem Ankauf ja noch ein zweites Rechtsgeschäft, nämlich die Betrauung, die gleichzeitig wiederum den Ankauf unterstützt - keine rechtlichen Probleme entstehen. Damit ist auch dieses Thema für unsere Fraktion geklärt.

Was jetzt noch offen bleibt - das ist ein Mangel; da hätte ich mir etwas mehr Geschwindigkeit seitens der Beteiligungsverwaltung auch hinsichtlich des Betrauungsaktes gewünscht -, ist das The-

ma Umsatzsteuer. Wir sehen hier ein zusätzliches Finanzierungsrisiko von knapp über 6 Millionen Euro. Es wäre sehr schön gewesen, wenn wir das vorab hätten klären können. Aber angesichts der Größenordnung der gesamten Maßnahme haben wir als Fraktion gestern den Mehrheitsbeschluss gefasst, dass wir diesen Punkt zurückstellen und der Erneuerung von Chorweiler nicht im Wege stehen werden.

Das heißt: Wir werden dem Betrauungsakt heute zustimmen, um ein klares Zeichen zu setzen für diese Stadt und um damit auch die Erneuerung in anderen Teilen auf den Weg zu bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erste Teile in der Verwaltung haben bereits stattgefunden. Wichtig ist - das habe ich in meinen beiden letzten Reden hier klar und deutlich zum Ausdruck gebracht -: Der Ankauf der Gebäude ist nur der Anfang. Es müssen weitere Maßnahmen folgen, sowohl im Stadterneuerungsbereich als auch im gesamten Umfeld. Sie sind Voraussetzung dafür, dass dort etwas passiert. Wir dürfen die Leute dort nicht alleinlassen.

(Beifall bei der CDU)

Vor allen Dingen - darauf lege ich noch einmal großen Wert - dürfen wir unsere Bemühungen nicht allein auf Chorweiler beschränken. Vielmehr dürfen wir auch andere Teile dieser Stadt wie Meschenich und Finkenbergr - denken Sie an die Zeitungsberichte der letzten Wochen! - nicht vernachlässigen und müssen auch dort entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Damit beweist die CDU Kontinuität. Ich hätte mir nur gewünscht, wir hätten diese Entscheidung bereits in der letzten Sitzung treffen können. Aber da war der Wahlkampf wichtiger als die Gründlichkeit in der Sache.

(Martin Börschel [SPD]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Die Verwaltung hat hier jetzt nachgebessert. Deshalb möchte ich diese Sache nicht weiter in den Wahlkampf drängen. Es geht hier um die Menschen, und deshalb stimmen wir als CDU dem zu. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe CDU, Respekt! Ich freue mich, dass Sie heute den Schritt getan haben, heute Vormittag in einem breiten Bündnis dem Haushalt zuzustimmen und heute Nachmittag ganz klar zu sagen, dass auch Sie Teil eines breiten Bündnisses sein wollen, das die Entwicklung von Chorweiler vorantreiben will.

Zu Chorweiler wurde bereits vieles gesagt. Ich habe mir eben noch einmal meine alten Reden herausgesucht. Die Debatten waren immer sehr emotional, sowohl von Ihrer Seite als auch von meiner Seite. Heute führen wir, glaube ich, das Thema in die richtige Richtung: Wir versachlichen es; wir bringen es dorthin, wo es eigentlich hingehört. Wir stehen hier zusammen und sagen: Wir wollen gemeinsam für diese Menschen etwas tun.

Heute wird der erste Schritt gemacht, indem wir als Rat der Betrauung zustimmen, diesem Chorweiler-Paket. Michael Frenzel hat schon im Einzelnen aufgeführt, welche Elemente das Paket umfasst. Wir alle haben schon oft gesagt, dass uns das Engagement der GAG in Chorweiler sehr wichtig ist. Uns hat immer geent, dass wir die in der Zwangsversteigerung befindlichen Immobilien keiner Heuschrecke zuführen wollten. Insofern freue ich mich, dass auch die CDU jetzt klug und weise handelt und sich für Chorweiler ausspricht. Ja, das freut mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der Linken)

Ich glaube, dieses Thema wird uns auch weiterhin beschäftigen. Wir sind uns darin einig, dass dies heute nur der erste Schritt ist. Den zweiten Schritt muss die GAG selbst tun; Herr Eichner und Frau Möller sind ja heute auch hier.

Danach folgt der dritte Schritt. Das Chorweiler-Paket und der Erwerb der Immobilien vonseiten der GAG bedeuten ja nicht nur eine Neuaufstellung, sondern auch eine Veränderung und eine langfristige Entwicklung für Chorweiler. Wir werden die Situation dort stabilisieren und massiv verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Lebenslage für sehr viele Menschen dort verbessert. Wir werden auch für Veränderungen in deren Lebensumfeld sorgen. Es wird eine Verbraucherberatung, eine Schuldnerberatung und vieles mehr geben. All diese Maßnahmen

werden zur Verbesserung der aktuellen Situation beitragen.

Gleichzeitig - da sind wir uns auch einig - braucht Chorweiler eine Langfristperspektive. Es muss zu Veränderungen im Stadtteil kommen. Wir müssen den gesamten Stadtteil attraktivieren. Dafür sind jetzt gleich mehrere Pakete am Start: Beim EU-Förderprogramm für vernachlässigte Stadtteile mit 50 Millionen Euro ist auch Chorweiler dabei. Parallel laufen die Untersuchungen, was man dort machen kann, welche Möglichkeiten, welche Perspektiven, welche Ideen es für diesen Stadtteil gibt. Wir hatten schon 2011 im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen, ein integriertes Handlungskonzept aufzusetzen. Auch das Bundesförderprogramm ist angeschoben worden.

Das heißt: Es ist ein bunter Strauß an Maßnahmen, die Chorweiler zunächst kurzfristig, dann aber auch langfristig weiterentwickeln und nach vorne bringen werden. Ich glaube, heute ist ein sehr guter Tag für Chorweiler und auch ein guter Tag für die GAG. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Jahn. - Wir kommen zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Wir haben es gehört: Viele Leute haben schon häufig zum Thema Chorweiler hier im Rat gesprochen; so auch ich. Aber ich hatte noch nie so gute Laune wie heute.

(Heiterkeit und Beifall bei der Linken
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Petelkau, ich freue mich sehr, dass die CDU jetzt auch dieser Gemeinschaft beitrifft, in der alle wissen, dass wir als Stadt und mit den stadteigenen Unternehmen eingreifen müssen, weil die Situation in Chorweiler vom Turbokapitalismus an die Wand gefahren worden ist.

(Reinhard Houben [FDP]: Neue Heimat!)

- Das ist Quatsch, was Sie erzählen, Herr Houben. Nur weil Sie das jedes Mal erzählen, wird es nicht wahrer. Die Häuser von Sahle - das ha-

be ich Ihnen letztes Mal schon gesagt - sind heute in Ordnung, und die gehörten auch einmal der Neuen Heimat. Hören Sie auf mit diesen unqualifizierten Zwischenbemerkungen! Sie sind hier der einsame Rufer, der es immer noch nicht verstanden hat. Aber damit müssen Sie klarkommen.

Hier und heute gibt es einen breit getragenen Konsens, dass wir in Chorweiler agieren müssen. Das ist ein guter Tag für Chorweiler. Wenn wir das heute beschließen, wird dort nicht gleich alles Friede, Freude, Eierkuchen sein. Es liegt noch ein weiter, schwieriger Weg vor uns. Verschiedene Dinge müssen noch ganz intensiv angegangen werden.

Richtig ist, dass wir großes Vertrauen in die GAG setzen. Wir wissen, dass die GAG in den letzten Jahren viele Wohnungen sehr gut saniert hat und ihren Bestand in Ordnung hält. In Chorweiler ist in dieser Hinsicht sehr viel nachzuholen. Wir alle, die diesen Beschluss jetzt mittragen, müssen dafür Sorge tragen, dass die Sanierungen dort gut und schnell vorangetrieben werden. Es ist wichtig, dass die Leute in Chorweiler das wissen.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

- Entschuldigung! Renovierung und Instandsetzung; es ist keine energetische Sanierung. Ich habe vorausgesetzt, dass das allen bekannt ist.

Wichtig zu wissen ist auch, dass die NRW.Bank immer noch jede Menge Geld von der Stadt erwartet. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt diesen breiten Konsens haben, und möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, all diejenigen, die auch auf Landesebene agieren - mit der CDU ist ja heute eine große Gruppe dazugekommen, die das mit unterstützt -, bitten, auf ihre Landesparteien Einfluss zu nehmen, Gespräche mit der NRW.Bank zu führen mit dem Ziel, dass die Rückzahlung der Gelder an die NRW.Bank wenn schon nicht gestrichen, aber zumindest zeitlich etwas gestreckt werden kann, sodass das finanzielle Risiko für die Stadt geringer wird.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen zu der Frage, die hier lange diskutiert worden ist, nämlich: Darf die GAG als Aktienunternehmen das machen oder nicht? Wir wissen es jetzt - Gutachten belegen das -: Sie darf. Ein Aspekt dabei ist: Für die GAG ist das auch unabhängig von Gutachten ein Gewinn; denn die GAG hat bereits heute sehr viele Wohnungen in Chorweiler. Nur wenn Chorweiler insgesamt wieder in einen guten Zustand versetzt wird, werden die Immobilien der GAG in Chorweiler langfristig auch einen

Werterhalt erfahren. Das ist ein ganz wichtiger, ein zentraler Punkt für die betriebswirtschaftliche Betrachtung innerhalb der GAG.

Ich will es dabei belassen und möchte mich abschließend noch einmal bedanken bei all denen, die das jetzt mittragen. Die FDP hat jetzt die Möglichkeit, noch einmal draufzuhauen - sie wird nach mir reden -; aber vielleicht überlegt sie sich noch einmal, ob sie sich in diesen Prozess nicht jetzt doch noch konstruktiv einbringen will. Darum würde ich sie sehr bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Wir kommen dann zu Herrn Breite.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt gib dir einen Ruck! Ich sehe es dir an! Eigentlich willst du nicht!)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Verehrter Vorstand der GAG, Herr Eichner und Frau Möller! Ja, ich gebe mir einen Ruck; denn ich stehe hier, auch wenn ich gehört habe, dass sich die CDU jetzt anders entschieden hat. Wenn man trotzdem hier steht und seinen Standpunkt weiter beibehält, zeigt das auch, dass man nach wie vor von einer Sache überzeugt ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Weisenstein, ich weiß nicht, was Sie nachts träumen. Aber die NRW.Bank ist stur, sie ist hart. Sie gehört nämlich zu den größten Gläubigern, und sie will ihr Geld haben. Da ist nichts mehr möglich. Sie reden hier von Turbokapitalismus. Die NRW.Bank ist die Staatsbank von NRW, und sie ist unser Problem. Das Gleiche war bei der Neuen Heimat – das können Sie auch nicht vergessen machen –: Deshalb haben wir überhaupt dieses Problem.

(Beifall bei der FDP)

Hören Sie doch auf, von Turbokapitalismus oder sonst was zu reden! Sie meinen immer noch, dass der Staat alles am besten regeln kann.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]:
Besser als die FDP!)

Wir sind anderer Meinung. Es gibt in der deutschen Geschichte gute Beispiele, wie die Häuser

aussehen, wenn es nur das staatliche Wohnungswesen gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Uli, im Finanzausschuss versteht ihr euch so gut, Mensch!)

Aber, Herr Eichner und Frau Möller, damit möchte ich Sie gar nicht vergleichen; bei Ihnen ist das ja gar nicht so. Ich wünsche Ihnen, wenn dieser Beschluss gefasst ist, viel Glück und viel Weitsicht; denn das, was Sie dort vorhaben, wird nicht leicht sein. Wir reden über einen Wohnkomplex - das wurde schon erwähnt - von 1.200 Wohnungen mitten in Chorweiler, für den die Zwangsversteigerung ansteht. Bisher wollte keiner die Immobilie für 50 Millionen Euro kaufen; darum auch die Zwangsversteigerung. Plötzlich gibt es doch noch eine Kaufinteressentin, nämlich die Stadt Köln. Sie will diese Immobilie trotz ihres maroden Zustands und trotz ihrer Belastung mit Forderungen von Gläubigern - die Forderung der NRW.Bank beträgt 50 Millionen Euro -, die den Wert der Immobilie bei weitem übersteigen - Herr Petelkau hat es gesagt -, dennoch kaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss hier auch die Wahrheit sagen: Es ist ein absolutes Minusgeschäft, was wir hier machen. Sie verbreiten die Mär - bedauerlicherweise macht die CDU jetzt mit -, dass das Kölner Wohnungsbauunternehmen GAG, welches sich, wie wir wissen, mehrheitlich im Besitz der Stadt befindet, nur die Forderungen der Gläubiger bedient und dafür einen städtischen Zuschuss - das ist die Betrauung, die wir heute besprechen - in Höhe von 32 Millionen Euro erhält. Hinzu kommen aber noch 38 Millionen Euro, die die GAG für erste Renovierungsarbeiten in die Häuser investieren will. Da der städtische Zuschuss an ein börsennotiertes Unternehmen wahrscheinlich - Herr Petelkau hat es angesprochen - eine Umsatzsteuer von rund 7 Millionen Euro, vielleicht auch weniger, auslöst und die GAG diese verständlicherweise nicht tragen will und kann, weil dies die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Kaufs, die Sie, Herr Eichner, den Fraktionen ja vorgelegt haben, einfach nicht zulässt, soll die Stadt diese Rechnung auch noch übernehmen. Damit kostet diese Immobilie mindestens 127 Millionen Euro, wobei das Risiko besteht, dass die Kosten noch steigen, da man vonseiten der GAG, wie sie selbst zugibt, bisher nur wenige Wohnungen besichtigen konnte.

Das heißt: Wir erwerben eine Immobilie, für die eine Zwangsversteigerung ansteht, die aber keiner für 50 Millionen Euro kaufen will, obwohl wir

wissen, dass der Verkehrswert weit darunter liegt, und wir - Stadt und GAG - investieren dafür 127 Millionen Euro. Wenn das kein wirtschaftlicher Irrwitz ist, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo ist denn da noch die Vernunft? Das muss ich Sie leider fragen.

(Beifall bei der FDP)

Sie hatten angekündigt, dass, wenn für die GAG keine Rendite herauspringt, die Mieten nach dem Kauf sofort um 20 Prozent erhöht werden müssen. 45 Prozent der Mieter dort sind Leistungsempfänger. Diesen Mietern kann eine Mieterhöhung egal sein; denn sie zahlen sie ja nicht selbst, sondern erhöhen nur die Aufwendungen der Stadt für diesen Ankauf. Bei den anderen Mietern, die ihre Mieten aus ihrem Arbeitseinkommen oder von ihrer Rente bezahlen, wird diese Mieterhöhung sicherlich zu gehörigem Frust führen; denn mit der Erhöhung der Miete hat sich an dem Zustand ihrer Wohnungen ja noch nichts verändert.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der Linken)

Hier wird immer von einer Aufwertung des Quartiers geträumt und gesagt: Wir brauchen die soziale Mischung von Mieterinnen und Mietern. - Meine Damen und Herren, mit dieser Politik werden Sie diese Mischung nicht schaffen. Vielmehr werden Sie dadurch die Mieter, die aus eigenem Einkommen oder von ihrer Rente die Miete bezahlen, aus den Häusern her austreiben.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum Schluss. Der politische Beschluss dieses Ankaufs summiert sich auf 150 Millionen Euro. Wie viele neue Wohnungen mit gutem Standard könnten wir mit diesen 150 Millionen Euro bauen? Die GAG hat laut Geschäftsbericht im letzten Jahr 500 neue Wohnungen für 83 Millionen Euro gebaut. Mit dem, was wir hierfür jetzt ausgeben, hätte man dementsprechend circa 900 neue Wohnungen bauen können.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, was machst du denn mit Chorweiler?)

Darum wünsche ich auch dem Vorstand viel Glück. In den letzten Jahren haben Sie sehr gut investiert, und zwar in den Neubau und die Sanierung der Wohnungen. Wenn wir jetzt das Geld für diese Immobilie ausgeben, werden die anderen Mieter der GAG das zu spüren bekommen; denn dann werden diese Investitionen fehlen. Das wird leider von den anderen Parteien und

Fraktionen hier im Rat nicht gesagt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Henseler.

(Martin Börschel [SPD]: Was hätte der Norddeutsche Bund mit Chorweiler gemacht? Jetzt bin ich mal gespannt!)

Andreas Henseler (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz. Anknüpfend an meinen Beitrag in der letzten Ratssitzung kann ich erst einmal feststellen

(Birgit Gordes [CDU]: Können Sie den bitte noch einmal wiederholen? Den habe ich nicht ganz mitgekriegt!)

- nein, das will ich nicht, Frau Gordes; wir wollen es jetzt nicht übertreiben -: Durch die Beratungen, die zwischenzeitlich erfolgt sind, und durch die Gespräche zwischen den großen Fraktionen konnte ein Fortschritt erzielt werden. Ich habe damals in meinem Beitrag gesagt, Frau Gordes: Ich finde es schade, dass ein so wichtiges Projekt in den Oberbürgermeisterwahlkampf hineingezogen wird; denn das war damals ganz eindeutig der Fall.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Heute hat man den Eindruck, dass dieses Projekt ein Stück rausgehalten wird. Ganz raus ist es nicht. Denn wenn hier der Beschluss gefasst wird, werden alle Beteiligten sagen: Das haben wir durchgesetzt. Das ist unser Ergebnis. Das ist der Grund dafür, warum man uns wählen muss. - Sei's drum! Das ist dennoch positiv.

Jetzt zu dem, was mich einigermmaßen bedenklich stimmt - deswegen kann ich der Angelegenheit auch nicht wie Herr Weisenstein mit einem „Hurra!“ zustimmen, obwohl wir als Freie Wähler dem zustimmen werden -: Die Risiken, die in diesem Projekt stecken - Herr Breite hat die Zahlen gerade noch einmal genannt -, sind verdammt hoch. Die Frage ist, ob es nicht eine geschicktere Lösung gegeben hätte, zum Beispiel wenn sich die GAG an der Zwangsversteigerung beteiligt hätte. Das wäre ja eine denkbare Konstruktion gewesen, aber sie hat in der Diskussion hier überhaupt keine Rolle gespielt.

Stattdessen wird hier immer ein Popanz aufgeführt. Es erstaunt mich, was da alles ausgegraben wird. Beim Norddeutschen Bund war das auch so,

(Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

auch wenn damals noch nicht von Turbo- und Raubtierkapitalismus die Rede war. Wenn heute von den Sozialdemokraten der Turbo- und Raubtierkapitalismus strapaziert wird, sage ich immer: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Könnte es sein, dass genau diese Konstruktion dazu führt, dass am Schluss die NRW.Bank - Herr Weisenstein hat gerade darum gebeten, dass wir alle zusammen auf sie einwirken, damit sie von einem Teil ihrer Forderungen Abstand nimmt; einen Teufel wird sie tun - der größte Profiteur dieses Pakets ist? Dazu darf es nicht kommen. Darum möchte ich Sie alle bitten.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt nur eine einzige Legitimation für die Mittel, die der Rat einsetzt: dass den Menschen in Chorweiler geholfen wird und dieser Stadtteil eine vernünftige Perspektive erhält. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler. - Herr Frank hat noch eine Frage an Herrn Eichner. Bitte, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte Herrn Eichner und Frau Möller bitten, zu zwei Aspekten noch einmal Stellung zu nehmen.

Hier wurde durch einen Redner - ich glaube, es war Herr Breite - an den Horizont gemalt, dass, wenn die GAG auf Basis des Betrauungsaktes handelt, dies zu einer Verelendung der Mieter der GAG führen wird, weil die GAG dann nicht mehr genügend Geld hat, um ihren Wohnungsbestand instand halten zu können. Wir sind hier in einer öffentlichen Sitzung. Daher sollte diese Frage jetzt beantwortet werden.

Das Zweite ist die Frage des Freistellungsbeschlusses und der Prüfung, dass wir uns rechtlich auf festem Grund befinden, weil dieser ja für eine Notifizierung genutzt wird.

Ich glaube, diese Fragen sollten noch einmal klar beantwortet werden, bevor wir hier hoffentlich mit breiter Mehrheit beschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann würde ich zunächst Herrn Eichner um Antwort bitten. Frau Klug wollte auch noch etwas dazu sagen.

Uwe Eichner (GAG Immobilien AG): Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Oberbürgermeister! Danke, dass Sie mir bzw. uns das Wort gestatten! „Uns“ sage ich fairerweise; denn wir stehen beide gemeinsam hinter diesem Beschluss. Einige Sätze zu dem gerade Gesagten:

Das Erste ist: Die Investitionsrechnung der GAG, die wir unserem Aufsichtsrat vorgestellt haben, kommt natürlich zu dem Schluss - es wäre überraschend, wenn es anders wäre -, dass es wirtschaftlich für die GAG ist. Das ist ein entscheidender Punkt, damit die Vorstände überhaupt so etwas vorschlagen können. Insofern haben Sie recht, Herr Petelkau: Wir werden uns mitnichten der Untreue bezichtigen lassen, und wir werden das auch unseren Aufsichtsräten darlegen.

Das Zweite, was ich hier erwähnenswert finde, wenn Sie gestatten: Mitnichten werden wir in Zukunft in der Investitionstätigkeit und dem Bemühen, unseren Mietern ordentlichen Wohnraum in Köln zur Verfügung zu stellen, nachlassen. Sie müssen sich vorstellen: Ein Unternehmen mit einem Wert von 4,6 Milliarden Euro gibt 50 Millionen Euro jetzt für Chorweiler aus, eine Investitionssumme, die beachtlich ist; ohne Frage. Aber gemessen am Jahresbudget von rund 120 Millionen Euro, das wir im Moment investieren, ist das, glaube ich, tragbar, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass unsere derzeit 1.600 Wohnungen in Chorweiler auch darunter leiden, was heute dort noch passiert. Nicht nur den Mietern der Wohnungen, die wir jetzt erwerben werden, sondern auch unseren heutigen Mietern wird das zugutekommen.

Das Dritte ist: Wir haben von vornherein gesagt: Es muss wirtschaftlich sein. Das ließ sich nur über Subventionen darstellen für den Ankauf respektive die Ankaufskosten, insbesondere aber auch für die immense Arbeit - ich danke den Rednern, die das hervorgehoben haben -, die jetzt vor uns und unseren Mitarbeitern steht, nämlich aus diesen Beständen bewohnbare und gut ausgestattete Wohnungen zu machen, in de-

nen die nachbarschaftlichen Beziehungen beherrschbar sind und die weiterhin bezahlbar sind, wenn auch vielleicht mit 50 Cent mehr. Diese Chance nutzen wir.

Was wäre denn die Alternative, vor der Sie alle stehen? Die Investitionsrechnung kommt von der GAG. Aber die Entscheidung, den Zuschuss zu geben, die Betrauung, das ist die Entscheidung des Rates. Nur mit dieser Entscheidung geben Sie der GAG und den Bewohnern dort die Chance, in Zukunft ordentlichen Wohnraum zu erhalten. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann Frau Klug.

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur für das Protokoll: Erstens, die Stadt Köln kauft nicht. Zweitens, die Betrauung ist ein selbstständiger Rechtsakt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 10.24.

Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der Linken sowie pro Köln, Herr Henseler, Herr Rottmann von der AfD, Deine Freunde und die Piraten. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Haug sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass eine breite Mehrheit hier im Rat für dieses historisch große Projekt ist.

(Beifall)

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Einspruch gem. § 39 Kommunalwahlgesetz des Herrn Udo Kaspar Stodden vom 19.06.2015
1856/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Ratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) Kommunalwahlgesetz
1700/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Dann ist das endgültig so festgestellt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

**10.27 Vertrag über Verbraucherberatung im Quartier
1767/2015**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1062/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Herr Paetzold, bitte, für die SPD-Fraktion.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das könnte heute ein richtig guter Tag für Köln werden. Heute Morgen haben wir mit großer Mehrheit den Haushalt beschlossen. Gerade eben haben wir den Beschluss zum sogenannten Chorweiler-Paket gefasst. Als i-Tüpfelchen haben wir jetzt die Gelegenheit, ein neues Kapitel in der Verbraucherberatung in Köln aufzuschlagen, nämlich mit dem Projekt „Aufsuchende Verbraucherberatung im Quartier“, und das Ganze auch noch für kleines Geld. Das stünde Köln gar nicht so schlecht; denn am 14. Januar 1955 wurde hier in Köln die erste Verbraucherberatungsstelle in NRW eröffnet. Dieser Tage fand zu 60 Jahren Verbraucherzentrale Köln eine Feierstunde statt.

Jetzt können Sie natürlich sagen: Warum schon wieder ein neues Beratungsprojekt? Wir haben doch hier in Köln schon eine große Verbraucherberatungsstelle. Viele Wohlfahrtsverbände bieten ja auch Schuldnerberatung und allgemeine Sozialberatung an. - Ja, aber zum einen reicht das bei weitem nicht aus. Versuchen Sie doch einmal, einen Termin bei der Verbraucherzentrale zu bekommen!

Zum anderen geht es um etwas ganz Neues, nämlich um aufsuchende Verbraucherberatung für Menschen, die erst gar nicht in der Verbraucherzentrale ankommen. Es geht um Verbraucherberatung für Menschen in prekären Lebens-

lagen, für Menschen mit Migrationshintergrund, für ältere Leute mit oft kleinen Renten, für Menschen, die man heutzutage „verletzliche Verbraucher“ nennt. Diese Menschen haben oft weder die Kraft noch die Fähigkeit zur Selbsthilfe und schon deshalb einen sehr hohen Beratungsbedarf. Sie sind oft genug Opfer von Drückerkolonnen und Telefonverträgen. Es geht hier um Handyverträge, Zeitschriftenabos, Kredite mit Wucherzinsen und vieles mehr.

Wie soll das Aufsuchen funktionieren? Zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Verbraucherzentrale werden in ausgewählten Sozialräumen zu festen Zeiten an festen Orten in Gemeindezentren und Bürgerhäusern Sprechstunden anbieten. Sie werden selbst beraten, aber sie haben auch eine Lotsenfunktion in die Verbraucherzentrale der Stadt.

Ich finde, das passt gut zu unserem sozialen Köln für alle. Ich finde, das klingt auch richtig gut. Ob es wirklich gut ist, das soll eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation feststellen, die das Land bezahlen wird. Wo wir gerade beim Geld sind: Ich sagte schon, wir bekommen das Projekt für kleines Geld. 2015 und 2016 zahlt das Land komplett, ab 2017 sind wir mit 50 Prozent - das sind 130.000 Euro - dabei. Eines freut uns Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker besonders: Gemäß dem Zusatzantrag, den Bündnis 90/Die Grünen und wir gestellt haben, wird das Geld dafür aus den Mitteln des allgemeinen Haushalts genommen wird.

Ich bitte Sie also um Zustimmung zum Beschlussvorschlag und zu unserem Zusatzantrag, damit es ein richtig guter Tag für Köln wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung. Durch das schnelle Aufrufen der Punkte nach der Betrauung der GAG habe ich es verpasst, bei Eintritt in den Tagesordnungspunkt 10.24 für die CDU-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung zu beantragen. Die Vorlage hat uns sehr kurzfristig erreicht. Daher müssten wir jetzt für zehn Minuten eine Beratung unserer Fraktion einberufen. Ich bitte um Verständnis.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Können wir das nicht nach den Reden machen?)

- Nein, das können wir nicht, weil wir unsere Position dazu erst diskutieren müssen, um diese gegebenenfalls dann auch vorzutragen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der Antrag ist gestellt. Ich sehe überhaupt keinen Hinderungsgrund, zu sagen: Ich unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten. Um 17.55 Uhr sehen wir uns wieder hier.

(Unterbrechung von
17.44 bis 17.59 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung jetzt fort.

Wir fahren fort in der Rednerreihenfolge. Das bedeutet, dass jetzt Frau Gärtner von der Fraktion der CDU das Wort erhält.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie haben nicht zuletzt an der von uns beantragten Sitzungsunterbrechung gesehen, dass wir uns schwergetan haben mit dieser Vorlage, zumal sie uns ganz kurzfristig einfach so auf den Tisch geflattert und nicht, wie vorgesehen, erst im Sozialausschuss beraten worden ist.

Wir haben uns vor allen Dingen auch deshalb schwergetan, weil in der letzten Sitzung des Sozialausschusses vom Vertreter der Liga zu Recht darauf hingewiesen worden ist, dass ein Teil der geplanten Angebote bereits von den Freien Trägern erbracht wird und man überlegen muss, ob es dadurch eventuell zu Doppelstrukturen kommt.

Wir haben in der jetzt vorgelegten Vorlage die Formulierung gefunden, dass man sich vor allen Dingen auch mit den Sozialraumkoordinatoren, den Wohlfahrtsverbänden und dem Fachamt abstimmen wird, hoffentlich auch mit dem Jobcenter; denn das Jobcenter gehört unserer Meinung nach dazu, weil auch dort entsprechende Angebote gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Unter der Voraussetzung, dass hier wirklich eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung stattfindet, sind wir bereit, dem auch zuzustimmen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Der zweite Punkt: Es ist eine wissenschaftliche Evaluation vorgesehen. Das ist für uns auch ein ganz wichtiger Punkt. Wir möchten wissen: „Hat dieses Projekt einen Mehrwert gebracht und, wenn ja, worin bestand dieser Mehrwert?“, um dies in unsere weiteren Überlegungen nach Ende der Vertragslaufzeit mit einzubeziehen.

Ein dritter Punkt, den wir, hätten wir diese Vorlage rechtzeitig bekommen, auf jeden Fall auch angesprochen hätten, der aber jetzt durch den Änderungs- bzw. Zusatzantrag, der von SPD und Grünen gestellt worden ist, klargestellt wird: Für uns war es vor allen Dingen ein Problem, dass in diesen Bereichen unheimlich viel gekürzt worden ist, auch im Sozialbereich insgesamt. Sie haben jetzt hier, wenn wir es richtig verstanden haben, festgelegt, dass während der Vertragslaufzeit auf keinen Fall Mittel aus dem Sozialetat genommen werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Richtig! Genau so!)

Das war ja eine durchaus berechtigte Befürchtung der Träger, die gesagt haben: Das Geld nehmen sie uns weg und geben es an die Verbraucherzentrale. - Mit diesem Zusatzantrag, dem wir dann natürlich zustimmen werden, weil er für diese Vorlage unserer Ansicht nach wirklich elementar ist, wird klargestellt, dass die Gelder für dieses Projekt auf keinen Fall aus dem Sozialetat genommen werden, sondern dass dies im allgemeinen Haushalt on top gesetzt wird.

Unter Berücksichtigung der drei von mir genannten Eckpunkte können wir dieser Vorlage zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Schon seit der vergangenen Ratsperiode sind sich die Kölner SPD und die Kölner Grünen über den langfristigen Ausbau des Beratungsnetzes durch die Ver-

braucherberatung in Köln einig. Das habe ich auch im letzten Sozialausschuss betont. Die rot-grüne Landesregierung ihrerseits hat in einer Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW über die weitere Zusammenarbeit in den Jahren 2015 bis 2019 neue Beratungsangebote in NRW vorgesehen.

Nun liegt uns eine Ratsvorlage vor, zu deren Genese ich gern ein paar Worte verlieren möchte. Im Juli 2014 erhielt die Beigeordnete, Frau Reker, das Angebot der Verbraucherberatung Köln, eine der neuen landesgeförderten Beratungsstellen in Köln anzusiedeln. Dieses lehnte sie vor dem Hintergrund der einschneidenden Sparvorgaben der Kämmerei im Sozialhaushalt für 2015 im Februar dieses Jahres ab. Über die Presse protestierte die SPD, Frau Reker vergäbe eine Chance für Köln. Der OB folgte mit einer Pressemitteilung, in der er das Projekt in Köln zusagte. Ich zitiere:

Ich habe daher entschieden, das Projekt in Köln unter den von Ihnen beschriebenen finanziellen Zuwendungsbedingungen ... umzusetzen.

Er wies daraufhin die Dezernentin an, eine entsprechende Vorlage für den Rat zu erstellen.

Das uns dann von der Verbraucherzentrale vorgelegte, noch recht magere Konzept - wir hoffen, die Verbraucherzentrale liefert hier noch nach - sieht eine aufsuchende Verbraucherberatung in ausgewählten Sozialräumen der Stadt vor. Neu eingerichtet werden zwei Beratungsstellen und eine halbe Assistenzstelle, die ihren Stützpunkt in der linksrheinischen Beratungsstelle Köln-Frankenwerft haben und dort Beratungstermine in den Sozialräumen anbieten werden.

Die Voraussetzung für eine Landesförderung ist eine verbindliche kommunale Kofinanzierung von 50 Prozent der Einrichtungs- und der laufenden Kosten über einen zunächst auf fünf Jahre begrenzten Zeitraum, woraus sich nach den ersten Berechnungen damals eine Gesamtsumme in Höhe von 590.000 Euro für Köln ergeben hätte. Das ist ja kein Pappenstiel, und deshalb gab es dazu auch Fragen. Das Projekt wird als erstes Modellprojekt in NRW nun in den ersten beiden Jahren zu 100 Prozent landesfinanziert werden. Ab 2017 ist der kommunale Anteil von 50 Prozent fällig. An dieser Stelle sei die Frage erlaubt, ob es sich tatsächlich um zwei volle Jahre, das heißt: 24 Monate, handelt oder nur um das letzte Quartal 2015 sowie das Jahr 2016.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Köln und einer möglichen Redundanz zu schon bestehenden, bewährten Angeboten Freier Träger - die Liste liegt uns ja vor; sie ist ziemlich üppig - hatten wir Grüne zunächst in der Sitzung des letzten Sozialausschusses die Vorlage bis zur Klärung wichtiger Fragen in die nächsten Ausschusssitzungen geschoben. Anhand der uns jetzt vorliegenden Antworten waren die Fragen, die wir gestellt haben, schon sehr berechtigt. Wir wollten Auskunft über die schon existierenden Beratungsangebote, die beauftragten Träger, das Beratungsspektrum, den Umfang der kommunalen Finanzierung sowie die Auswirkungen einer möglichen Finanzierung eines neuen Angebots auf den Freiwilligenbereich des Sozialdezernats.

Bei der 60-Jahr-Feier der Verbraucherzentrale Köln in der vergangenen Woche musste ich mit einigem Befremden feststellen, dass die Verbraucherzentrale wohl schon, ohne dass es einen existierenden Ratsbeschluss dazu gibt, von einem Tatsachenbestand ausgeht und bereits Räume angemietet hat. Gestern musste ich sogar der Presse entnehmen, dass das Projekt im Herbst in Köln startet. Davon weiß ich noch gar nichts.

(Christoph Klausning [CDU]: Das ist eine Frechheit!)

Meine Damen und Herren, ich dachte tatsächlich: Hier entscheidet immer noch der Rat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Nun muss ich weiterhin feststellen, dass die Vorlage als Tischvorlage auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung gelandet ist, statt, wie beschlossen, zunächst im zuständigen Fachgremium, dem Sozialausschuss. Herr Oberbürgermeister, das ist nicht transparent und demokratisch fundiert. Das nenne ich eine „kölsche Lösung“, um die aktivistischen Sprünge Ihres OB-Kandidaten zu unterfüttern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Aber auch dieser Akt wird uns nicht davon abhalten, sachorientiert Fragen nach der zukünftigen Finanzierbarkeit und möglicher Konkurrenz zu bestehenden Angeboten zu stellen. Die Kommune ginge hier Verträge mit dem Land NRW und der Verbraucherzentrale ein, die bei weiteren, bereits angekündigten Einsparungen für die Jahre 2017 bis 2019 zwar die Verbraucherzentrale

aufgrund der Vertragsgrundlage schonen, jedoch bei anderen wichtigen sozialen Angeboten - auch im breiten Netz der Beratungsstellen Freier Träger - zu finanziellen Kürzungen führen würde.

Wir Grünen möchten nach wie vor das Beratungsangebot ausweiten, nicht aber zulasten der bestehenden Angebotsvielfalt der bewährten Träger; ich verweise auf die genannte Liste. Daher stimmen wir der Vorlage in Verbindung mit dem jetzt vorliegenden Zusatzantrag zu, der sicherstellt, dass keine Kannibalisierung unter den Trägern stattfindet. Sie haben die Ergänzungen schriftlich vor sich liegen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als Mitglied im Beirat der Verbraucherzentrale kann ich sagen: Wir haben über dieses Thema seit etwa drei Jahren diskutiert. Ich freue mich natürlich, dass es gelungen ist, jetzt eine breite Mehrheit für diese Beschlussvorlage zu gewinnen. Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal deutlich machen, dass die Initiative vom Umweltminister der Grünen, Herrn Rammel, kam, in dessen Ressort ja auch der Verbraucherschutz fällt. Er hat auch die Verbraucherberatung in Sachen Energie-Armut sehr aktiv angeschoben; unser Projekt der Energieberatung wird ebenfalls vom Land gefördert. Auch ein anderes Projekt, nämlich der „Stromspar-Check“, läuft. Nun hat er der Stadt Köln wiederum ein gutes und wichtiges Angebot gemacht.

Der Umweltminister hat auch deswegen großen Wert auf Köln gelegt, weil es ihm darum geht, dieses Projekt in einem sozialen Brennpunkt zu evaluieren und zu prüfen, ob die aufsuchende Verbraucherberatung - nicht Schuldner-, sondern Verbraucherberatung - ein wichtiges Instrument sein kann. Das hat er auf der 60-Jahr-Feier noch einmal deutlich gemacht und sehr intensive Gespräche mit der Verbraucherberatung geführt. Das möchte ich hier klar sagen, auch um deutlich zu machen, dass wir als LINKE die gute Arbeit von Leuten, die anderen Parteien angehören, schon gut erkennen können.

Der Vertrag, so wie er uns jetzt vorliegt, ist ein sehr guter Vertrag, weil er Doppelstrukturen von vornherein ausschließt. Schauen Sie in den Vertrag! In den §§ 2 und 4 ist das genau geregelt. In

§ 4 ist noch einmal ausdrücklich festgelegt, dass die Verbraucherberatung im Quartier mit den anderen Akteuren - der Sozialraumkoordination, aber auch der Schuldnerberatung - kooperieren muss. Das ist ein wichtiger Bestandteil dieses Vertrags.

Wenn Sie sich die Fragen von den Grünen anschauen und die jeweiligen Kosten vergleichen, werden Sie feststellen, dass wir einen sehr guten Weg gefunden haben, bei dem das Land mit in der Finanzierung drin ist. Das gibt es ja nicht so oft. Als Landeshauptstadt wäre es einfacher; dann gäbe es einfachere Wege. Wir als Kommune, als Stadt Köln müssen für die Finanzierung wenn irgend möglich das Land mit ins Boot holen.

Insofern meine ich, diese Vorlage ist ein wichtiger Schritt. Als Beirat sage ich: Wir freuen uns, dass dies heute mit einer breiten Mehrheit beschlossen wird und dieses Projekt im September beginnen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich würde damit schon die zweite Runde beginnen. Ich will mich nicht vordrängeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich möchte gerne an den Beitrag von Herrn Paetzold anknüpfen, der vielleicht wegen der Sitzungsunterbrechung schon ein bisschen in Vergessenheit geraten ist. Er begann mit den Worten, was für ein schöner Tag es wäre, wenn auch dieser Beschluss heute mit einer breiten Mehrheit verabschiedet würde. Für Sie wird es ein schöner Tag, Herr Paetzold; das zeichnet sich ab. Für mich wäre es ein schöner Tag, wenn wir all diese Beschlüsse solide finanzieren könnten, und das sehe ich nicht. Deswegen werden wir als FDP diese Vorlage ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Verfahren und Inhalt. Zum Verfahren: Frau Kollegin Heuser hat bereits angedeutet, dass es im Sozialausschuss Fragen gegeben hat, die eigentlich erst im nächsten Sozialausschuss beantwortet werden sollten, jetzt aber in einem Hauruckverfahren beantwortet worden sind, so wie wir auch diese Vorlage in einem Hauruckverfahren auf den Tisch bekommen haben.

Ich möchte auch erinnern an das 60-jährige Jubiläum der Verbraucherzentrale. Es hat mich schon sehr verwundert - ich war bei der Feier auch dabei -, dass sowohl Minister Rimmel als auch der Leiter der nordrhein-westfälischen Verbraucherzentrale so getan haben, als sei das alles schon beschlossen, und sich bei der Stadt bedankt haben. Auch mich hat es gewundert, dass dies so kundgetan wurde, ohne dass es vorher einen Beschluss des Rates gegeben hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das ist an die Adresse der Grünen gerichtet!)

- Nein, ich habe genau die gleichen Bedenken gehabt wie Kollegin Heuser. Ich wundere mich nur, dass sie jetzt einen anderen Schluss daraus gezogen und so noch irgendwie die Kurve zur Zustimmung gekriegt hat. Das ist das Einzige. Ansonsten sind meine Bedenken genau die gleichen gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Nun denn! Wir sehen aber auch ein, dass es eine Dringlichkeit gibt und im Interesse der Verbraucherberatung das Thema hier heute behandelt werden muss. Dagegen werden wir uns nicht wehren oder irgendwelche Spielchen mit Fristeneinrede oder dergleichen machen.

Wir sehen auch die gute Arbeit der Verbraucherzentrale. Gerade weil wir das sehen, haben wir im letzten Jahr sehr gerne zugestimmt, zu sagen: Ja, die Verbraucherzentrale bekommt einen Fünf-Jahres-Vertrag, und sie erhält eine jährliche Unterstützung in Höhe von 290.000 Euro. - Schon das, meine Damen und Herren, war sehr ungewöhnlich. Zu mir sind sehr viele Freie Träger gekommen und haben gesagt: Das ist aber ungewöhnlich; das hätten wir auch sehr gerne. - Trotzdem bin ich der Meinung - ich spreche da auch im Namen meiner Fraktion -, dass das gut und richtig gewesen ist.

Jetzt erhält sie ab 2017 on top 129.000 Euro. Das nennt Herr Paetzold „kleines Geld“. Nun ja, da haben die Sozialdemokraten vielleicht einen anderen Maßstab.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Nichtsdestotrotz ist das Projekt ein gutes Projekt. Das stellen wir überhaupt nicht infrage. Aber ich habe auch im privaten Umgang gelernt: Nicht alles, was gut ist und was man sich wünscht, kann man sich auch leisten. - Genau das ist hier das Thema. Wir haben heute Morgen in der Haushaltsdebatte die schwierige Finanzlage diskutiert. Ich möchte an das, was Frau Gärtner gesagt hat, anknüpfen und den AWO-Geschäftsführer zitieren, der in der letzten Sozialausschusssitzung gesagt hat: Wir können jeden Euro nur ein Mal ausgeben. - Das ist richtig; das können auch wir nur ein Mal. Deswegen kann ich die Kritik der Wohlfahrtsverbände in diesem Fall zumindest nachvollziehen.

Wenn sich die CDU jetzt damit zufriedengibt, dass das Thema Doppelstrukturen ausgeräumt ist und alles durch eine gute Evaluation schon auf einen guten Weg kommen wird, dann sage ich Ihnen: Wissen Sie, ich habe Erfahrungen mit Evaluationen im Sozialbereich. Ich glaube nicht, dass dabei herauskommen wird, dass es ein schlechtes Projekt ist. Das ist es ja auch nicht. Aber wir müssen trotz alledem - das verbinde ich mit dem Thema Haushalt - gut prüfen, was wir uns an freiwilligen Leistungen im wahrsten Sinne des Wortes leisten können. Ich halte es für vorrangig, Projekte zu sichern, die sich seit langem bewährt haben, bevor wir etwas Neues beginnen.

Ich kann mich auch mit der Aussage, das werde ja nicht aus dem Sozialetat, sondern aus der allgemeinen Rücklage finanziert, nicht zufriedengeben. Das macht es nicht besser. Es wird der Haushalt belastet, ob nun durch Griff in die allgemeine Rücklage oder in den Sozialetat.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin keine Finanzpolitikerin, aber eines weiß ich: Geld kann man nur ein Mal ausgeben, und man kann auch nur das Geld ausgeben, was man hat. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Außer dem Zusatz von Herrn Börschel sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. - Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Hoyer und Frau Kollegin

Heuser, ich möchte gerne aus der Sitzung des gestrigen Finanzausschusses berichten, von der ich annahm, dass in Ihren Fraktionen darüber informiert worden wäre.

Zum Verfahren. Kollege Detjen hat gestern eine mündliche Anfrage an die Verwaltung gerichtet, wie es denn mit der Vorlage „Verbraucherberatung im Quartier“ aussehe. Die zuständige Dezernentin Reker hat darauf geantwortet, dass sie selbst eine Vorlage erarbeitet und abgezeichnet habe, in der auch alle vorher gestellten Fragen beantwortet seien, und sie hoffe und wünsche sich, dass das notwendige Mitzeichnungsverfahren - Klammer auf: gemeint gewesen sein kann nur: Kämmerei und Oberbürgermeister, Klammer zu - bis zur heutigen Ratssitzung auch erfolge. - Das ist erfolgt. Ich freue mich darüber und kann gar nicht erkennen, was es daran zu kritisieren gibt. Die Sozialdezernentin hat das gestern im Ausschuss so angekündigt, und wir begrüßen das ausdrücklich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Zusatzantrag ab. Wer für diesen Zusatzantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke. sowie Deine Freunde und die Piraten. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Zusatzantrag so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ausgangsvorlage verbunden mit den Änderungen, über die wir gerade einen Beschluss gefällt haben. Wer ist gegen die so geänderte Vorlage? - Das sind die AfD, Herr Henseler und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist sie mit großer Mehrheit so angenommen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Wir kommen zu den Punkten unter Tagesordnungspunkt 11:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 206. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen

**hier: Beschluss über die Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss
1461/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 125. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Feststellungsbeschluss
1783/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 1. Änderung
0926/2015**

Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der FDP. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Das ist so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 69399/03
Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen
1311/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 71410/05
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven, 1. Änderung
0809/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Nun zum Tagesordnungspunkt 15.1:

**15.1 Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens
0255/2015**

Ich darf an der Stelle mitteilen, dass Frau Nessler-Komp an dieser Abstimmung nicht teilnehmen wird. Darauf hat sie hingewiesen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Da es keine Wortmeldungen gibt, können wir zur Beschlussfassung kommen. Wer gegen diesen Grundsatzbeschluss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deine Freunde ist das einstimmig angenommen, wie im StEA beschlossen.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 245. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1381/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln / Leitlinienprozess zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
1157/2015**

Der Rat entsendet fünf Mitglieder plus fünf Stellvertreter. Die entsprechenden Namen sind mir genannt worden. Als Mitglieder wurden benannt: Christian Joisten, Rafael Struwe, Jürgen Strahl, Katharina Welcker und Horst Thelen. Als Stellvertreter wurden benannt: Herr Detjen, Herr Hegenbarth, Frau Symanski, Frau Hoyer und Frau Aymaz. - Das ist eine gemeinsame Liste.

Wenn jetzt keine weiteren Namen genannt werden, können wir darüber abstimmen. - Wer für diese Liste ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP sowie Herr Henseler, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Ich freue mich darauf, dass die Arbeit vonseiten des Rates entsprechend begleitet wird. Ich will noch darauf hinweisen, dass diejenigen, die jetzt direkt gewählt worden sind, jeweils auch vertreten werden können durch ihre mitgewählten Vertreter. Das heißt: Man kann auch zu zweit in diese Sitzung gehen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

17.2 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 1540/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 1560/2015

Keine Gegenstimmen. - Keine Enthaltungen. - Dann so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Weitere Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Patrick Wasserbauer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln 3001/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der SPD-Fraktion hier: Neubesetzung von Aufsichtsräten und sonstigen Gremien AN/1038/2015

Herr Beckamp, Sie haben eine Frage an die SPD? – Bitte schön.

Roger Beckamp (AfD): Darf ich auch die FDP fragen, oder muss es die SPD sein?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Können Sie das noch einmal wiederholen? Ich habe es nicht verstanden.

Roger Beckamp (AfD): Wenn ich mich nicht ganz vertue, besteht ja ein Zusammenhang zwischen SPD und FDP. Eben wurde von einem neuen Klima der Offenheit gesprochen, das man sich erhoffe, wenn Rot-Grün keine Mehrheit mehr hat, und von einem Ende der Kungeleien. Ich habe nur die Frage: Gibt es irgendeinen Zusammenhang zwischen diesem Antrag und einer späteren Besetzung von Posten mit SPD-Leuten? - Das war die Frage. Ich bin neu hier. Ich habe noch nicht verstanden, was hier passiert.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hierzu liegt ein Vorschlag der SPD vor, und über diesen soll abgestimmt werden. Ganz einfach: Das ist ein SPD-Antrag, über den wir jetzt abstimmen.

Roger Beckamp (AfD): Gibt es dazu eine Antwort?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich kann es noch einmal sagen: Es ist ein Antrag der SPD. Die Besetzung ist ureigene Angelegenheit dieser Fraktion. Dieser Antrag wird hier zur Abstimmung gestellt. Das wird jetzt dementsprechend geschehen.

Wer gegen den Antrag der SPD-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Antrag der SPD-Fraktion hier: Nachbesetzung von Ausschüssen AN/1039/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Deine Freunde betreffend "Umsetzung in der Zweckverbandsversammlung VRS"

AN/1040/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Neubesetzung für den Ausschuss
für Schule und Weiterbildung
AN/1051/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion Die Linke., der
Gruppe Piraten und der Gruppe Deine
Freunde
hier: Umbesetzung von Gremien
AN/1059/2015**

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 18:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsent-
scheidungen gemäß § 60 Absatz 1
Satz 3 der Gemeindeordnung des Lan-
des Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Unterstützungsbeschluss für den An-
trag auf „Förderung von Investitionen in
nationale Projekte des Städtebaus“
- für die „Via Culturalis und die Quartie-
re der Domumgebung“ sowie
- für die „Erneuerung des Stadtteilzent-
rums Chorweiler“
1459/2015**

Darüber haben wir eben gesprochen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Benennung von Herrn Jochen Ott als
städtischer Vertreter im Aufsichtsrat der
GAG AG
1596/2015**

Das ist zu genehmigen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So geschehen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Benennung von Herrn Jochen Ott als
städtischer Vertreter in den Aufsichts-
gremien von Beteiligungsunternehmen
1616/2015**

Der Hauptausschuss hat dem einstimmig zugestimmt. - Gibt es hier Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann macht das auch der Rat.

Damit ist der öffentliche Teil dieser Sitzung beendet.

(Schluss: 18.29 Uhr)